18. Freitag den 22. Januar 1864. 18.

Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 22. Januar. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Generalmajor z. D. Ilgner, bisherigen Kommandanten von Minden, und dem Geheimen Regierungs- und Schulrath a. D. Dr. Schweitzer zu Köln, den Königlichen Kronenorden zweiter Klasse, dem Flügel-Adjutanten, Oberst-Lieutenant von Strubberg den Königlichen Kronenorden dritter Klasse, so wie dem Sekonde-Lieutenant (mit Premier-Lieutenants-Charakter) Sander, à la suite der Garde-Invaliden-Kompagnie, dem Geheimen Registrator beim Finanzministerium, Kanzleirath Schmidt, dem Steuereinnehmer und Salzfaktor, Steuerinspektor Seefeldt zu Neusalz im Kreise Freistadt, dem Gräflich Schaffgotschschen Kameral-Direktor von Berger zu Hermsdorf u. K. im Kreise Hirschberg, dem Fabrikbesitzer Wilhelm Sternberg zu Sommerfeld und dem Rentier Frank zu Stargard im Kreise Saatzig den Königlichen Kronenorden vierter Klasse zu verleihen.

Der als zweiter Arzt bei der Provinzial-Irrenanstalt zu Owinsk fungirende Dr. Monski ist zum Kreisphysikus des Kreises Schroda ernannt worden.

Der Thierarzt erster Klasse Johow zu Borgentreich ist zum Kreis-Thierarzt für die Kreise Steinfurt und Tecklenburg im Regierungsbezirk Münster ernannt worden.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Donnerstag 21. Januar, Nachmittags. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde das Gesetz über die Luxussteuern in dritter Lesung mit 67 gegen 54 Stimmen angenommen. Es folgte die Verhandlung über eine Post von 525,000 Gulden, welche als geheimer Dispositionsfonds für allgemeine Zwecke für das laufende Jahr nachträglich von der Regierung gefordert wird. Nachdem Schmerling gesprochen und erklärt hatte, in dem Votum einen Akt des Vertrauens oder Mißtrauens zu sehen, wurde die Summe mit großer Majorität unverkürzt bewilligt.

Frankfurt a. M., Donnerstag 21. Januar. Die vereinigten Ausschüsse des Bundestages für die schleswig-holsteinsche Angelegenheiten haben wegen Dringlichkeit der Sache einstweilen die Bundescivilkommissare übereinstimmend mit den von Oestreich und Preußen abgegebenen Erklärungen beauftragt, dem Durchmarsche der östreichisch-preußischen Truppen durch Holstein keinerlei Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Ein eben dahin lautender Antrag der vereinigten Ausschüsse wird der Bundesversammlung in nächster Sitzung vorgelegt werden; seine Annahme ist außer Zweifel.

-- Nachmittags. Die „Europe" enthält ein Telegramm aus Paris des Inhalts, die französische Regierung habe, entschlossen in keinerlei Weise in dem Konflikt zwischen Deutschland und Dänemark thätig aufzutreten, so lange nicht alle Mitglieder des deutschen Bundes einig, auf die Einladung der Kabinette von London, Wien und Berlin, dem Vertrage vom 8. Mai 1852 gemäß zu handeln, ablehnend und mit Hinweisung auf die dem Willen Deutschlands, als des meistinteressirten Theils, schuldige Achtung geantwortet.

München, Donnerstag 21. Januar, Nachmittags. Dem Vernehmen nach wird eine Versammlung von Abgeordneten der Mittel- und Kleinstaaten beabsichtigt, die in Nürnberg tagen soll. Die ersten Einladungen dazu sind bereits ergangen.

Dresden, Donnerstag 21. Januar, Nachmitt. Die Kommission der Abgeordnetenkammer für die schleswig-holsteinschen Angelegenheiten hat neue Anträge eingebracht, dahin gehend, daß die sächsische Regierung das Ansehen und die Autorität des Bundes gegen bundeswidrige Unternehmnngen energisch vertheidigen und für sofortige Anerkennung des Herzogs Friedrich beim Bunde eintreten möge. Im Falle die Lösung der Erbfolgefrage nicht zu erlangen sei, solle die Regierung auf Zulassung eines Bevollmächtigten des Herzogs antragen und mit den bundestreuen Regierungen auf schleunigste Verstärkung der Bundestruppen in Holstein, wie auf Besetzung Schleswigs durch Truppen bundestreuer Regierungen hinwirken. Morgen wird die Kammer über diese Anträge debattiren.

London, Donnerstag 21. Januar, Abends. In gut unterrichteten Kreisen wird bestimmt versichert, die hiesige Regierung sei im Besitz einer Erklärung des dänischen Kabinettes, daß dasselbe dem Rathe des Grafen Russell folgen und die Novemberverfassung suspendiren wolle, dagegen aber erwarte, daß auch die Occupation Schleswigs suspendirt werde.

Petersburg, Donnerstag 21. Januar, Abends. Die amtlichen Blätter veröffentlichen einen Ukas bezüglich provinzialer und Kreisvertretungen für Rußland. Ausgenommen sind davon die westlichen und baltischen Provinzen, dann die Gouvernements Archangel, Astrachan und Bessarabien.

Turin, 21. Januar. Ein Cirkular des Ministers des Innern an die Präfekten macht auf die Umtriebe der Aktionspartei aufmerksam, welche beabsichtige, sich die Befugnisse des Königs und des Parlaments anzueignen, indem sie glauben zu machen suche, daß ihr die geheime Unterstützung der Regierung zu Theil werde. Das Ministerium ist entschlossen, die Umtriebe der Partei aufzudecken und jeden Versuch einer Aktion zu unterdrücken. Die Präfekten sollen eine thätige Ueberwachung ausüben und die Strenge des Gesetzes anwenden.

Auswanderung und Kolonisation.

I.

Die Bedrängniß, in welche die deutschen Ansiedler im Königreich Polen durch das an sie gestellte Ansinnen, aktiven Antheil am Aufstande gegen Rußland zu nehmen, gerathen sind, hat, wie von drüben verlautet, die russische Regierung bewogen, ihnen die gewünschte Uebersiedlung in die alten Provinzen zu ermöglichen und zu erleichtern. Es werden namhafte Summen angeführt, welche der Statthalter von Polen zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt habe. Ob dieses Geld aus polnischen oder russichen Staatskassen geflossen ist, kann uns hier weniger interessiren, wir haben es nur mit der Thatsache zu thun, daß die Regierung, und zwar die Regierung des Königreichs selbst die Auswanderung der Deutschen aus Polen nach Rußland mit erheblichen Summen unterstützt. Was haben wir uns dabei zu denken? Will die gegenwärtige Statthalterschaft, indem sie dem polnischen Landesgebiete eine thätige und ihm fast unentbehrliche Bevölkerung entzieht, dasselbe vollends entkräften und veröden, um nachher über eine Wüste zu herrschen, oder das entnervte Land als ein onus aufzugeben? Dergleichen dürfen wir uns von der russischen Politik nicht versehen. Die russisch-polnische Regierung hat zunächst eine moralische Verpflichtung gegen die zum Theil durch lockende Versprechungen ins Land gezogenen Deutschen, und sie muß sich dieser Verpflichtungen besonders in einem Augenblick bewußt werden, wo für dieselben die höchste Unsicherheit des Lebens und Eigenthums begonnen hat und an die erwerbsame und ruhige Bevölkerung das Gefühl der Täuschung herantritt. In Polen wird selbst nach hergestellter Ruhe der regelmäßige Erwerb auf lange ein prekärer bleiben, da einmal die meisten Quellen desselben versiegt sind, fürs Andere aber durch eine unheilvolle und thörichte Agitation in der ungebildeten Masse der polnischen Bevölkerung sich eine feindselige Stimmung gegen ein Element herausgebildet hat, in welchem die Agitatoren die Verräther der Nationalsache sehen.

Wenn hiernach die Deutschen in Polen im Gefühl ihres Unbehagens und vielleicht durch die neuesten Vorgänge um ihren langjährigen Erwerb gebracht, die Regierung um Schutz angehen und sie ihnen diesen in dem noch nicht ganz beruhigten Lande nicht gewähren kann, so hat dieselbe, wie gesagt, die Verpflichtung, in anderer Art nicht nur diesen Schutz herbeizuführen, sondern auch den Erwartungen gerecht zu werden, welche die Uebersiedler nach dem fremden Lande mitgebracht haben. Daraus folgt, daß, sofern sie nicht die Rückkehr in die Heimath vorziehen, sie möglichst kostenfrei nach Rußland und zwar in eine Gegend übersiedelt werden, die ihre Gewerbthätigkeit zu verwerthen gestattet, und zwar im Interesse der Erhaltung der ihnen garantirten Sonderrechte nicht vereinzelt, sondern gemeindeweise.

Rußland darf wohl sicher sein, Polen dadurch nicht zu entvölkern. Sobald seine Zustände wieder geregelt und zwar dergestalt geregelt sind, daß sie Vertrauen auf ihren Bestand einflößen, wird auch der deutsche Landmann und Handwerker dort wieder seine Heimath aufschlagen und die jetzt entstandenen Lücken ausfüllen. Bis dahin wird der jetzt hell lodernde Nationalhaß der polnischen Bewegungspartei voraussichtlich wieder schwinden und an Stelle der jetzigen Verblendung die richtige Würdigung der ungeheuren Vortheile treten, welche deutsche Intelligenz und Arbeitskraft dem in jeder Beziehung so weit zurückgebliebenen und nur durch fremde Elemente mit der europäischen Civilisation fortzureißenden Lande gebracht haben und bringen werden.

Alles wird indeß von dem politischen System abhängen, welches Rußland in dem zu generirenden Polen in Anwendung bringt. Nur eine Entwicklung dieses Systems in vollkommen freiheitlicher Richtung wird mit der Aussicht auf Ruhe und die Möglichkeit eines sicheren Erwerbs durch Industrie und Landwirthschaft ein Sporn für die Einwanderung sein. Die Entlastung des Bauern von Frohndiensten und die Aufhebung der durch die Vorurtheile des Glaubens den verschiedenen Bevölkerungsklassen auferlegten Beschränkungen, vor Allem das sichtliche Bestreben, durch Organisation des Schulwesens Bildung zu verbreiten, bezeichnen für jetzt den Weg, welchen die russische Regierung zu gehen gedenkt, und auf diesem Wege liegen die Garantien für einen moralischen und materiellen Fortschritt des Landes, der auswärts den Trieb zur Einwanderung zu wecken vermag.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 21. Jan. Die Erklärungen, welche Preußen und Oestreich in der Bundestagssitzung am 19. d. M. über die von ihnen in Bezug auf das Herzogthum Schleswig beabsichtigten Schritte abgegeben haben, lautet.

Die von den Gesandten in der vorigen Sitzung Namens ihrer Allerhöchsten Regierung abgegebene Erklärung hat den Anlaß zu Verwahrungen gegeben, denen gegenüber sie ihrerseits die Rechte ihrer Regierungen verwahren und derselben jede weitere Aeußerung und Entschließung vorbehalten mußten.

Sie sind jetzt zu der Erklärung angewiesen, daß ihre Allerhöchsten Regierungen, indem sie, nach der Ablehnung ihres am 11. d. M. erneuten Antrages vom 28. v. Mts. und J. die Entschließung kundgaben, nunmehr ihrerseits ungesäumt zu der Ausführung der von ihnen für die Sicherung der Rechte des deutschen Bundes in Bezug auf Schleswig für nöthig und unaufschieblich erachteten Maßnahmen zu schreiten, davon ausgingen, daß hierdurch die fernere Ausführung der Anordnungen nicht beirrt werde, welche Seitens der hohen Bundesversammlung durch die Beschlüsse vom 7. und 14. v. M u. flg. in Betreff der exekutionsmäßigen Besetzung und Verwaltung von Bundeswegen für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg getroffen worden sind.

Preußen und Oestreich haben bei der nicht zu vermeidenden Betretung Holsteins durch ihre nach Schleswig bestimmten Truppen eine Beeinträchtigung jener Anordnung nicht bezweckt; aber sie überlassen sich hierbei allerdings der zuversichtlichen Hoffnung, daß ihrem die Wahrung der Interessen Deutschlands sowohl wie derjenigen Schleswigs bezweckenden Vorgehen das bereitwillige und bundesfreundliche Entgegenkommen derjenigen ihrer hohen deutschen Verbündeten, deren Landesgebiete hierdurch berührt werden, ebenso wie der Bundesverwaltung in Holstein und Lauenburg nicht fehlen werde.

— Der Prinz Friedrich Karl ist gestern Abend ½7 Uhr mit seinen militärischen Begleitern, unter denen sich auch der Prinz Albrecht (Sohn) befinden, über Wittenberge nach Lübeck abgereist, während der Prinz Albrecht (Vater) durch Kabinetsordre vom 14. Januar in das Hauptquartier des Feldmarschall v. Wrangel berufen worden ist.

— Das von heute ab durch Berlin beförderte östreichische Armeekorps besteht nach der ursprünglichen Zusammensetzung desselben aus den Brigaden Nostiz, Tomak und Dormus, wozu unmittetbar vor dem Aufbruch noch die Brigade Greschke hinzugetreten ist, während sich die Brigade Gondrecourt schon dem in Holstein eingerückten Exekutions-Korps beigegeben befindet. Befehlshaber des gesammten Korps ist der Feldmarschall-Lieutenant Gablenz, dem allgemeinen Urtheil nach einer der bedeutendsten Führer der östreichischen Armee, der sich namentlich auch 1859 bei Magenta und Solferino, wie schon früher 1848 in Italien und als Stabschef des damaligen Feldmarschall-Lieutenant Schlick 1849 in Ungarn ausgezeichnet hat. Ueberhaupt aber besteht beinahe das gesammte östreichische Korps aus im Feldzuge von 1859 erprobten Regimentern. Die Brigaden Nostiz und Tomak gehörten zu der Besatzung von Wien und umfassen die Regimenter: Großherzog von Hessen (Oberöstreicher) Nr. 14, König der Belgier (Steirer) Nr. 27, Coronini (Serben) Nr. 6 und Prinz von Holstein (Italiener) Nr. 30, dazu noch das 3. und 9. Jägerbataillon. Die Brigade Dormus stand bisher in Preßburg und Komorn und besteht aus den Infanterieregimentern Ramming (Ungarn) Nr. 72 und Gorizcetti (Polen) Nr. 56, dazu das 16. Jägerbataillon. Die Brigade Greschke endlich stand in Mähren und umfaßt die Infanterieregimenter Hartmann (Polen) Nr. 9 und Khevenhüller (Böhmen) Nr. 43, nebst dem 6. Jägerbataillon. Die schon voraus befindliche Brigade Gondrecourt endlich hatte früher ihre Garnison vorzugsweise in Prag und enthält die beiden Infanterieregimenter Martini (Polen) Nr. 30 und König von Preußen (Ungarn) Nr. 34, nebst dem 18. Jägerbataillon. An Kavallerie befand sich bei dem Korps zunächst nur die aus dem Dragonerregiment Windischgrätz (Böhmen) Nr. 2 und Lichtenstein-Husaren (Ungarn) Nr. 9 bestehende Kavallerie-Brigade Windischgrätz beigegeben, welche früher ebenfalls in Böhmen garnisonirte, doch sollte neuerdings noch eine zweite, wahrscheinlich Kürassierbrigade hinzustoßen. Die Reiter-Regimenter zählen je 5 sehr starke Escadrons, die Infanterie-Regimenter je 2 Bataillons a 6 Kompagnien. Auch zwei Bataillone des berühmten Kaiser-Jägerregiments (Tyroler Scharfschützen) und drei Bataillone Grenzer (die ehemaligen Croaten und Panduren) waren noch zu dem Korps zu stoßen bestimmt. Von der Reiterei zählt das Regiment Dragoner Nr. 2. (in den Feldzügen zu Ausgang des vorigen und Anfang dieses Jahrhunderts „Latour-Dragoner") zu den berühmtesten der kaiserlichen Armee. Seltsamer Weise haben übrigens dieses Regiment wie das Infanterieregiment Martini Nr. 30 und auch das Jägerbataillon Nr. 9 schon dem schlimmen Zuge von 1850 unter General Legeditsch nach Holstein beigewohnt. Von der Infanterie haben sich 1859 in Italien besonders die Regimenter Hartmann, Khevenhüller, Hessen und Belgien ausgezeichnet, wo namentlich bei Magenta das erste Regiment nach rühmlicher Gegenwehr beinahe ganz verloren ging. An Artillerie waren dem Korps ursprünglich nur 6 Batterien des 2. Artillerieregiments zugetheilt, welche jedoch nunmehr auf 16 verstärkt sein sollen. Ebenso befinden sich demselben ein Pionierbataillon und zwei Sanitätskompagnien beigegeben. Die Gesammtstärke des östreichischen Heertheils wird in 26 Bataillonen und 20 Escadrons auf ca. 34,000 Mann mit zusammen 90 Geschützen angegeben. Die zwei preußischen Divisionen mit ebenfalls 26 Bataillonen und 20 Escadrons dazu gerechnet, würde demzufolge Anfang Februar eine Macht von nahe an 70,000 Mann bereit stehen, in Schleswig einzurücken.

— Von dem der „Gartenlaube" substituirten Blatte, der „Volksgarten", ist auch die dritte Nummer konfiscirt worden, und gleiche Beschlagnahmen werden aus anderen Städten Preußens gemeldet.

— Wir haben schon mitgetheilt, daß vier von den in Graudenz ihre Strafe abbüßenden Soldaten begnadigt worden sind. Wie das „Thorner Wochenbl." erfährt, sollen auch die Uebrigen zum 1. Mai ihre Freilassung zu gewärtigen haben.

— Unter den in neuerer Zeit vor dem königl. Obertribunal verhandelten Prozessen ist der vorstehende von allgemeinerem Interesse. Die in Posen erscheinende Zeitung „Dziennik poznanski" veröffentlichte im Oktober 1861 folgendes Inserat: „Um dasjenige Band, welches Brüder mit Brüdern vereinigt und vereinigen muß, zu verherrlichen, laden wir zur Feier der Aufstellung eines Kreuzes für unsere in Polen und Litthauen gemordeten Brüder die geehrte Geistlichkeit, die Bürger, sowie die Landleute der großpolnischen Lande und alle diejenigen, welche an dieser Feierlichkeit theilnehmen wollen, auf Sonntag, den ..... Nachmittags ein. Wir werden dieses Kreuz zum Zeichen der Trauer auf dem Mickiewiczplatze neben der St. Martinskirche in Posen aufstellen. In der Erwartung, daß unsere Landsleute den zahlreichsten Antheil an dieser Feierlichkeit nehmen werden, wünschen wir

das erwähnte Zeichen der Märtyrer unserer vaterländischen Sache zur Verherrlichung ihres Andenkens in dieser alten Stadt Groß-Polens errichtend, ein Zeichen unserer Hochachtung zu geben." Die betreffende Nummer der Zeitung wurde von der Polizeibehörde zu Posen konfiscirt, weil dieselbe in der Anzeige die Aufforderung zu einem Aufzuge erblickte, zu dem die polizeiliche Genehmigung noch nicht ertheilt war. Die Konfiskation wurde richterlicher Seits bestätigt und darauf sowohl gegen den Unterzeichner der Anzeige, wie auch gegen den Redakteur des „Dzienn. p." Anklage erhoben. Die Anklage behauptete, daß in Folge dieser Anzeige an dem gedachten Sonntage Nachmittags gegen das Verbot der Polizei eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel zu dem angegebenen Zwecke stattgefunden habe. Das Kreisgericht zu Posen verurtheilte den Unterzeichner der Anzeige auf Grund des §. 9 des Vereingesetzes vom 11. März 1850 zu 4 Wochen Gefängniß und den Redakteur des „Dzienn. p." zu 50 Thlr. event. 14 Tagen Gefängniß und ordnete die Vernichtung der Anzeige an. Das Gericht nahm an, daß die Einladung an alle Bürger und Einwohner Groß-Polens, wie auch an die Geistlichen ergangen sei, daß die Feier zur Verherrlichung der gemordeten Brüder stattfinden sollte, es also lediglich auf eine politische Demonstration abgesehen gewesen sei, bei welcher die Aufrichtung des Kreuzes nur das Mittel sein sollte, daß aber auch, selbst wenn die Feier einen rein kirchlichen Charakter gehabt hätte, nach §. 10 des Vereinsgesetzes die polizeiliche Erlaubniß dazu erforderlich gewesen wäre, da diese für alle Versammlungen unter freiem Himmel, mit Ausnahme von Prozessionen, Leichenbegängnissen 2c. erforderlich sei.

Die Angeklagten appellirten und behaupteten, daß die Anzeige nicht von einem öffentlichen Aufzuge, sondern von einer Feier für Verstorbene spreche, daß eine solche Feier ein rein kirchlicher Akt sei, zu welchem eine polizeiliche Genehmigung nicht erforderlich sei und daß, nach §. 1 des Vereinsgesetzes als öffentliche Versammlung unter freiem Himmel, zu welchen eine polizeiliche Erlaubniß nothwendig sei, nur eine solche Versammlung verstanden werden könne, in welcher öffentliche Angelegenheiten besprochen werden sollen. Der Redakteur des „Dziennik Poznanski" machte für sich noch geltend, daß er für die Inserate des Blattes nicht verantwortlich sei, daß dieser Theil seines Blattes von einer andern Person selbstständig verwaltet werde und daß er deshalb nicht wegen Preßvergehebens, sondern höchstens wegen Uebertretung hätte bestraft werden können. Das Appelationsgericht zu Posen trat im Wesentlichen der Ausführung des ersten Richters bei und führte besonders in Bezug auf den Redakteur des Blattes aus, daß seine Angaben hinsichtlich des Inserathentheils des „Dziennik Poz." richtig seien, daß er aber dennoch strafbar bleibe, weil er als Redakteur die ganze Persönlichkeit des Blattes zu vertreten habe, also für den ganzen Inhalt desselben verantwortlich sei. Er könne diese Verantwortlichkeit nicht ablehnen, da er sonst jeden Artikel strafbaren Inhalts unter die Inserate würde verweisen können. Da es aber nicht erwiesen sei, daß er den Inhalt der Anzeige vor ihrer Veröffentlichung gekannt habe, so könne seine Bestrafung nur aus § 37 des Preßgesetzes erfolgen. Es wurde deshalb die vom ersten Richter gegen beide Angeklagte erkannte Strafe in zweiter Instanz bestätigt. — Die Angeklagten legten gegen diese Entscheidung die Nichtigkeitsbeschwerde ein und machten in derselben geltend, daß die Annahme des zweiten Richters, daß kirchliche Aufzüge in nicht hergebrachter Art, den öffentlichen, den Bestimmungen des Vereinsgesetzes unterliegenden Versammlungen gleich zu achten, unrichtig sei. Eine Strafe für eine Aufforderung zu einer Versammlung, für welche die polizeiliche Genehmigung nicht eingeholt sei, könne nur dann eintreten, wenn die beabsichtigte Versammlung wirklich stattgefunden habe; der Erfolg gehöre zu den Merkmalen des vollendeten Vergehens, denn ohne den Erfolg würde ein nicht strafbarer Versuch vorliegen. Der Redakteur behauptete Verletzung des §. 37 des Preßgesetzes, weil er den Beweis angetreten habe, daß er mit dem Inseratentheile des Blattes nichts zu thun habe, was sich schon daraus ergebe, daß er nicht am Schlusse des Blattes, sondern unterhalb des sogenannten Redaktionsstriches zeichne. Das k. Obertribunal hat jedoch die Nichtigkeitsbeschwerde zurückgewiesen.

Bayern. München, 21. Januar Vormittags. [Telegr.] Die „Bayrische Zeitung" meldet, daß Herr v. d. Pfordten seinen Bericht über die Erbfolgefrage erst in fünf Tagen vollendet haben werde.

Schleswig-Holstein.

Kiel, 20. Januar. Am 17. d. wurden acht Lehrer des Altonaer Gymnasiums und zwei Deputirte der Gelehrtenschule in Meldorf vom Herzog empfangen, der besonders auf don alten Zusammenhang der höheren deutschen Bildung in Holstein und Schleswig hinwies. Auch die Lehrer des Kirchspiels Elmshorn und die Bauern des Amtsbezirks Cismar haben an Herzog Friedrich durch Deputationen Adressen übersendet. — Bis zum 18. waren, so weit sie bis jetzt bekannt, in folgenden Orten schleswig-holsteinsche Vereine gegründet worden: in Kiel, Altona, Segeberg, Oldesloe, Rendsburg, Itzehoe, Hohenaspe, Oldenburg, Brockdorf, Wilster, Burg, Uetersen, Meldorf, Brunsbüttel, Kellinghusen, Kirchspiel Stellau, Horst, Krempe, Kirchspiel Eddelack, Elmshorn, Wandsbeck, Nienstädten, Glückstadt, Pinneberg, Lensahn, Preest, Heide, Neumünster und Lütjenburg. — Der Frauenhülfsverein für Lazarethe, welcher hier in den früheren Kriegsjahren bestand, hat sich wieder konstituirt, in der Voraussetzung, daß mit den Vorbereitungen für die Lazarethbedürfnisse rechtzeitig begonnen werden müsse. In den Jahren 1848 bis 50 war dieser Verein die Centralstelle für das ganze Land, und er wird gewiß auch jetzt wieder bereit sein, als solcher zu fungiren. Eine öffentliche Ansprache wird in den nächsten Tagen erlassen werden.

Altona, 21. Januar, Vormittags. [Telegr.] Auf Freitag sind alle Waggons der Eisenbahn hierher beordert, um alle zwei Stunden einen Transport nach Norden zu führen. Es heißt, die in Hamburg liegenden Oestreicher würden am Freitag bis nach Neumünster vorgeschoben und in Hamburg durch andere östreichische Truppen ersetzt werden. — Zwei Mitglieder der Altonaer Massendeputation sich zugleich von dem städtischen Deputirten-Kollegium bevollmächtigt worden.

Eine Verordnung der Bundes-Kommissarien an die Polizei-Behörden in Holstein und Lauenburg besagt u. A.: An einzelnen Orten gemachte Versuche, Wehrvereine zu organisiren, veranlassen uns, die Wachsamkeit der Behörden auf das Ungesetzliche eines solchen Vorhabens hinzulenken, aus welchem dem Lande so wie den einzelnen Gemeinden nothwendig Verwickelungen erwachsen müssen. Die Polizei-Behörden haben gegen derartige Bestrebungen nöthigenfalls nachdrücklichst einzuschreiten, auch sofort Anzeige zu machen.

Hamburg, 21. Januar Morgens. [Telegr.] Die „Hamburger Nachrichten" melden aus Altona, daß der Senator Vogler und die Deputirten Donner und Pocher gestern Abend nach Kiel gereist sind, um dem Herzoge Friedrich die Einladung der Stadt zu überbringen. Heute Abend halten die Mitglieder der großen Landesdeputation nach Frankfurt in Altona eine Versammlung ab.

Hamburg, 21. Januar, Vormittags. [Telegr.] Das Thermometer steht 1 Grad über Null. In diesem Augenblicke rücken hier wieder Preußen von Harburg ein.

Hamburg, Donnerstag 21. Januar, Nachmitt. Südostwind, feucht. — Die gestern hier einquartirten preußischen Truppen sind heute nach Duvenstedt (etwa 3½ Meile nördlich in der Richtung nach Lübeck) von Hamburg abmarschirt und werden, wie es heißt, daselbst übernachten. Die Oestreicher, deren Quartiermacher in Altona angekommen, rücken morgen von hier aus und werden, wie man sagt, in 3 Abtheilungen pr. Eisenbahn nach Holstein befördert.

Hamburg, Donnerstag 21. Januar, Abends. Starkes Thauwetter. — Die letzte hier eingetroffene Kopenhagener Post datirt von Montag den 18. d. M.

Kopenhagener Privatbriefe von diesem Tage wollen wissen, daß der östreichische und der preußische Gesandte ein Dampfboot zur Ueberfahrt nach einem deutschen Hafen gemiethet haben,

Den heutigen „Itzehoher Nachrichten" wird aus Husum als etwas Außergewöhnliches gemeldet, daß die Nordsee an den dortigen Küsten so fest und so weit zugefroren ist, daß man von der Insel Nordstrand nach der Insel Pellworm das Eis passiren kann.

Kopenhagen, Donnerstag 21. Januar, Nachmitt. Bei Gelegenheit der Adreßdebatte im Folkething erklärte der Konseilpräsident, daß die Novemberverfassung nur auf verfassungsmäßige Weise aufgehoben werden könne. Wenn, sagte er wörtlich, der deutsche Bund nicht mehr Hindernisse in den Weg legen will, so sind wir, die wir uns an die eingegangenen Verpflichtungen halten, willig, Holstein in die konstitutionelle Verbindung mit den anderen Landestheilen aufzunehmen. Die Regierung wird keinen Zoll weiter nachgeben, als wir staatsrechtlich verpflichtet sind.

Stockholm, 21. Januar. Die bevorstehende Okkupation Schleswigs hat eine wachsende Bewegung für Dänemark in allen Theilen des Landes hervorgerufen. Dieselbe giebt sich kund in Adressen an die Krone und in der Bildung von Komité's für Geldsammlungen und Anwerbung von Freiwilligen. Die Kriegsrüstungen werden mit verdoppeltem Eifer in Schweden und Norwegen betrieben.

Großbritannien und Irland.

London, 19. Januar. Die „Times" veröffentlicht heute zwei auf die schleswig-holsteinsche Frage bezügliche Zuschriften, deren eine von Professor Forchhammer in Kiel herrührt, während die andere aus Berlin, 15. Januar, datirte ein preußisches Mitglied des deutschen Nationalvereins zum Verfasser hat. Professor Forchhammer wendet sich gegen gewisse neulich gleichfalls in der „Times" niedergelegte dänenfreundliche Behauptungen Lord Robert Cecil's, der in Zweifel zog, daß die Dänen sich neuerdings Uebergriffe in den Herzogthümern erlaubt hätten, und weist dann das wirkliche Vorhandensein dieser Uebergriffe nach. Die Beschwerden, welche die Bewohner der Herzogthümer gegen Dänemark erhoben, sind nach Forchhammer viererlei Art, nämlich: 1) Die Dänen erfreuen sich, wie jede civilisirte Nation, des Versammlungsrechtes im vollsten Maße, während die Herzogthümer dieses Rechtes um der Dänen willen beraubt sind. 2) Die Dänen erfreuen sich, wie jede civilisirte, ja, selbst uncivilisirte Nation, des Rechtes, sich in Petitionen und Adressen an den König, die Regierung und das Parlament zu wenden, während die Herzogthümer dieses Rechtes um der Dänen willen beraubt sind. 3) Die Dänen erfreuen sich der Preßfreiheit im vollsten Maße, während die Herzogthümer dieser Freiheit um der Dänen willen beraubt sind. 4) Die Dänen erfreuen sich der vollsten Freiheit, ihre Beschwerden wegen willkürlichen Verfahrens der Polizei oder der Verwaltungsbehörden vor die Gerichte zu bringen, während die Herzogthümer dieser Freiheit um der Dänen willen gänzlich beraubt sind. Das preußische Mitglied des Nationalvereins hat gleichfalls seine vier Punkte. Sie sind in Kürze folgende: 1) Der londoner Vertrag von 1852 ist kein konservativer, sondern ein revolutionärer Akt. 2) Die Deutschen, über welche man doch sonst in England als über ein gar zu geduldiges, phlegmatisches, zahmes und träumerisches Volk spöttelt, werden jetzt auf einmal als wilde Strudelköpfe dargestellt, bei denen die Leidenschaft mit der Vernunft durchgeht. 3) Die gegenwärtige Politik Preußens und auch Englands birgt die Gefahr in sich, daß Louis Napoleon sich zum Protektor Deutschlands aufwirft. „Schätzt England wirklich die Verbindung der Herzogthümer mit Dänemark so hoch, daß es bereit ist, einen solchen Preis dafür zu zahlen? Oder ist es nicht besser, einen an sich verkehrten und ungerechten Schritt der in schreiendem Widerspruche mit dem traditionellen Princip der Nichtintervention steht, zurückzuthun, als das wachsende Uebergewicht eines mächtigen Nebenbuhlers und die Erbitterung einer bisher befreundeten Nation zu riskiren, die jetzt bis ins tiefste Herz verwundet ist, weil man sie in ihrer Ehre und ihrem Rechte verletzt? Denn darauf können Sie sich verlassen, daß wir Schleswig-Holstein nicht anfgeben, und wenn wider Erwarten durch irgend einen Zufall unsere Hoffnungen jetzt abermals vereitelt werden sollten, so würde die erste Gelegenheit unsere Ansprüche wieder ins Leben rufen. Statt die Erhaltung des europäischen Friedens zu sichern, wird der Londoner Vertrag, wenn man an ihm festhält, im Gegentheil die Quelle ewiger Unruhen werden." 4) Obgleich fest in Getlendmachung unseres Rechtes, sind wir Deutschen doch durchaus nicht geneigt, die Rechte Anderer zu beeinträchtigen. Sollten daher die Bewohner Nord-Schleswigs in ihrer Mehrheit es vorziehen, mit Dänemark vereinigt zu bleiben, so wollen wir sie nicht festhalten; natürlich aber nur unter der einen Bedingung, daß eine freie, weder durch die Anwesenheit dänischer noch deutscher Truppen beeinflußte Wahl stattfindet."

Frankreich.

Paris, 20. Januar. Wie der heutige „Moniteur" meldet, sind die Ratifikationen des französisch-italienischen Handelsvertrages gestern ausgewechselt worden.

— Der „Moniteur" berichtet über zwei Handstreiche, welche der vom Lieutenant zur See de Jonquirères kommandirte Dampf-Aviso „Brandon" im Monat November an der Campeche-Küste mit gutem Erfolge ausgeführt hat. Das Fort Champoton, das mit einem Dreißigpfünder und zwei bronzenen Geschützen armirt war, wurde bei Nacht von 30 Mann jenes Schiffes unter Führung des Fähnrichs Neverlée erobert, die Bastionen wurden geschleift, die Kanonen vernagelt und vom Walle gestürzt und dem Feinde ein Verlust von 50 Mann zugefügt, worauf die Sieger wieder abzogen. Einige Tage zuvor wurde die mexikanische Goelette „Raffaela", welche, mit 30 Mann besetzt und einem gezogenen Zwölfpfünder armirt, den Küstenhandel der unter französischem Schutze stehenden Häfen störte, von Mannschaften des „Brandon" dicht vor dem Hafen von Campeche angegriffen und in den Grund gebohrt. — Die „France" meldet heute: „Der Kaiser und die Kaiserin von Mexiko werden am 2. oder 3. Februar in Brüssel eintreffen, dort einige Tage verweilen und dann direkt nach Paris kommen."

Italien.

Turin, 19. Januar. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses zeigte Crispi an, daß er die Regierung über die Personen interpelliren werde, welche eines Attentats auf das Leben des Kaisers der Franzosen angeklagt seien. Er behauptete ferner, daß keiner der Verhafteten an der Expedition von Marsala Theil genommen habe.

Rußland und Polen.

Warschau, 19. Januar. Die Uebergabe der hiesigen Adresse beim Statthalter Grafen Berg ist erfolgt. Eine Deputation hiesiger Bürger überreichte dieselbe. — Neulich ist ein Mann festgenommen worden, welcher im Oktober v. J. die Orsinischen Bomben auf den Grafen Berg aus dem Zamoyskischen Gebäude geworfen haben soll. Er befand sich ohne Legitimation in einem Dorfe, scheinbar als Oekonom. — Im Lager bei Warschau, oder vielmehr in den Winterbaracken, befinden sich jetzt gegen 3000 deutsche und polnische Kolonisten und Arbeiter, welche seit einigen Monaten von den Insurgenten von Haus und Hof vertrieben sich hierher geflüchtet haben, und denen täglich von der Regierung 600 R. S. zu ihrem Unterhalt gezahlt werden. —

— Nach der „Ostſ. Z." hat die revolutionäre Regierung für den preußischen Antheil einen „vollziehenden Ausschuß", wie solcher in Litthauen besteht, eingesetzt, der mit dem 1. Dezember v. J. seine Wirksamkeit begonnen hat. Aufgabe dieses Ausschusses ist, in die Thätigkeit zur Befreiung Polens Disciplin und Einheit zu bringen.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 21. Januar. [29. Sitzung.] Die Tribünen sind lange vor Beginn der Sitzung dicht gefüllt, auch die Diplomatenloge ist stark besetzt. Am Ministertische befinden sich anfänglich nur Regierungskommissare, später treten die Minister v. Bismarck, v. Roon, v. Bodelschwingh, Graf Itzenplitz und v. Selchow ein.

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung kurz nach 10¼ Uhr. Unter den geschäftlichen Mittheilungen befindet sich ein Urlaubsgesuch für fünf Tage von dem Abg. Dr. Szuman. Aus einer Anzahl von rheinischen Städten sind wiederum mit zahlreichen Unterschriften bedeckte Adressen in Betreff Schleswig-Holsteins eingegangen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Kommissionsbericht über den Gesetzentwurf, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Militär- und Marineverwaltung. Den zweiten Gegenstand bildet der mündliche Bericht derselben Kommission über die von den Abgg. Schulze (Berlin) und v. Carlowitz beantragte Resolution, die schleswig-holsteinsche Frage betreffend. Der Präsident schlägt hinsichtlich der geschäftlichen Behandlung vor, über beide Gegenstände zugleich die Generaldiskussion zu eröffnen, da die Gründe für die Resolution zugleich Gründe gegen den Gesetzentwurf seien, sodann in die Spezialberathung über die einzelnen Paragraphen einzutreten und endlich über die Resolution abzustimmen. — Abg. Dr. Frese (Minden) wünscht wenigstens eine Spezialdiskussion über die Resolution, da wohl Mancher für den Kommissionsantrag hinsichtlich der Regierungsvorlage stimmen und sich gleichwohl gegen die Resolution werde erklären müssen; in letzterem Falle befinde er sich selbst, da die Resolution nur die Bedeutung einer bloß theoretischen Rechtsverwahrung habe, für welche die Zeit vorüber sei. — Der Präsident bemerkt, eine besondere Spezialdiskussion sei wohl nicht nöthig, da Jeder sich generaliter auch über die Resolution aussprechen und nachher in der Abstimmung seiner besonderen Ueberzeugung Ausdruck geben könne. — Abg. Dr. Waldeck: Korrekter wäre die Theilung der Generaldebatte, eine besondere Spezialdiskussion über die Resolution sei nicht thunlich. — Abg. Graf Schwerin wünscht beide Diskussionen verbunden zu sehen, damit Wiederholungen vermieden werden, und ist unter Anerkennung der von den Vorrednern ausgesprochenen Motive der Ansicht, daß nichts hindere, die Gründe für oder gegen die Resolution auch bei der Generaldiskussion zur Sprache zu bringen. — Abg. Aßmann findet den von dem Abg. Dr. Frese vorgeschlagenen Ausweg für zweckmäßig. — Bei der Abstimmung über die Frage, ob auf die gemeinschaftliche Generaldiskussion eine Spezialdiskussion über die Resolution stattfinden solle, verneint das Haus dieselbe, worauf die Generaldiskussion eröffnet wird. — Ein vom Abg. Groote eingebrachtes und genügend unterstütztes Amendement verlangt die Herstellung der ursprünglichen Fassung des Alinea 3 der Resolution.

Referent Abg. Aßmann: Er habe zunächst mündlich Bericht zu erstatten über die in das Haus eingebrachte Resolution. Diese sei von der Kommission am Sonnabend ohne Theilnahme der hierzu eingeladenen Staatsregierung in Berathung gezogen und dann in der Form, wie sie heute auf der Tagesordnung stehe, einstimmig in der Kommission angenommen worden. Es müßten schwerwiegende Gründe sein, welche das Haus in einem Augenblicke und in einer Angelegenheit, in welcher das ganze Volk zur Aktion dränge, bestimmen, der Regierung die erforderlichen Mittel zu verweigern, welche in einem Volke, das vor einem Kriege selbst gegen die Ubermacht nie zurückgeschreckt, die Scheu vor einem Kampfe unter Führung der jetzigen Regierung wach halten. Um so schwerer müssen die Gründe sein, da man Weigerung der Bewilligung der Geldmittel als eine bedrohliche Gefahr für unsere Verfassung bezeichnet hat, indem man von der Meinung ausging, daß bei einem Konflikt der Ansichten zwischen Regierung und Landesvertretung unbedingt die letztere weichen müßte. Das Haus habe sich deshalb, seitdem die Anleihevorlage vor sein Forum gelangt sei, alle Mühe gegeben, Information über die Seitens der Regierung in Aussicht genommene Politik zu verschaffen, um Erklärungen herbeizuführen, welche ein zustimmendes Votum zu der geforderten Anleihe dem Hause ermöglichten. Diese Mühe sei leider erfolglos geblieben oder habe doch nur zur Folge gehabt, dem Hause eine erschreckende Sicherheit über die Ziele der Regierungspolitik zu verschaffen und ihm die Nothwendigkeit eines ablehnenden Votums aufzuerlegen. Seitdem der vorliegende Bericht der Kommission festgestellt worden, sei die von Preußen und Oestreich am 14. d. M. bei dem Bunde über die Besetzung von Schleswig abgegebene Erklärung in authentischem Wortlaute bekannt geworden. Durch diesen Beschluß greife die preußische Regierung unzweifelhaft in die Kompetenz des deutschen Bundes ein und handle einem ausgesprochenen rechtsgültigen Bundesbeschluß entgegen, nämlich dem auf Anregung Preußens und Oestreichs selbst gefaßten Bundesbeschluß vom 28. Dezember v. J., nach welchem der Schutz des verfassungsmäßigen Rechtes von Schleswig als ein dem deutschen Bunde zustehendes und von diesem eventuell durch Besetzung Schleswigs geltend zu machendes Recht anerkannt ist. Oestreich und Preußen hätten durch die Art, wie sie die Verhandlungen mit Dänemark im Jahre 1851 geführt, selbst zugegeben, daß die eigentlichen Kontrahenten der damals auch rücksichtlich Schleswigs getroffenen Vereinbarungen der deutsche Bund einerseits und Dänemark andererseits seien. Bei der Erklärung Preußens und Oestreichs vom 14. d. M. fehle es aber diesen Regierungen an jeder Legitimation, etwa für oder im Namen des deutschen Bundes zu handeln, dessen ausgesprochener Wille vielmehr jenen Mächten entgegenstehe. Preußen maße sich also eine ihm nicht zustehende Befugniß an. Welche Absicht es dabei verfolge, sei klar. Preußen wolle die thatsächlichen Erfolge der Bundesexekution, wie sie in Holstein eingetreten, für Schleswig ausgeschlossen wissen, und die preußische Regierung trete hierdurch in offenen Konflikt mit dem preußischen Volke, mit der Mehrzahl der deutschen Regierungen und fast mit der gesammten deutschen Nation (Zustimmung). Verfolgte Preußen nicht das eben bezeichnete Ziel, so hätte es den hessendarmstädtischen Antrag befürworten müssen. Nach allen vorliegenden Anzeichen wollte die Mehrzahl der deutschen Staaten den Weg deutschen Rechts und deutschen Interesses gehen. Allerdings wäre in der Abstimmung vom 7. Dezember eine Schwäche einzelner deutscher Bundesstaaten hervorgetreten, aber der Druck der identischen Noten mache diese Schwäche erklärlich, die sich überdies sicherlich nicht gezeigt hätte, wenn die deutschen Regierungen schon damals in völliger Klarheit über die preußisch-östreichische Absicht, jedenfalls an dem Londoner Protokoll festzuhalten, sich befunden hätten. Die preußische Politik werde geleitet durch persönliche Sympathieen und Antipathieen, sowie durch das Interesse der Partei des Herrn von Bismarck, dem Vertragstreue nur als ein gelegentlich anzubringendes Argument gilt (Beifall). Für dieses Haus stehe es fest, daß Herr von Bismarck dem deutsch-patriotischen Bestreben der Mittelstaaten entgegen sei, und seine Politik könne diesem Hause keinen Anhalt gewähren, Herrn von Bismarck irgend zuzustimmen. (Bravo.) Der Herr Ministerpräsident möge vielleicht in gewohn-

ter Weise die Achseln zucken über die 352 Laien, welche die Richtung seiner Politik zu tadeln sich unterfangen, aber so lange es ihm nicht gelungen sein werde, ein neues Wahlgesetz durchzusetzen, welches allein im Stande sein werde, Diplomaten aus seiner Schule auf die Bänke des Abgeordnetenhauses zu bringen (Heiterkeit), werde das preußische Volk nur Vertreter hierhersenden, die ihren Entschließungen die Ehre und das Recht zu Grunde legen, wie sie dieselben verstehen. (Bravo.) Die Kommission habe früher eine einfache Ablehnung der Regierungsvorlage für genügend und eine besondere Motivirung für überflüssig gehalten, jetzt aber, nach den neuesten Nachrichten, genüge die einfache Ablehnung nicht mehr, da man derselben auch andere Gründe, wie z. B. finanzielle zu Grunde legen könnte; es mußte dieser Ablehnung ein entschiedener Ausdruck gegeben werden und deshalb empfehle sie die Resolution der Abgeordneten Schulze (Berlin) und von Carlowitz in der modifizirten Fassung zur Annahme, da sie mit dem Sinne und Geist vollkommen einverstanden sei. Die neuesten Ereignisse rechtfertigten die in dem 3. und 4. Erwägungsgrunde der von der Kommission modifizirten Resolution erhaltenen Thatsachen in einer Weise, daß sie keiner weiteren Begründung bedürften. „Wenn nun die Politik des Herrn von Bismarck Preußen aus seiner Stellung als deutsche Großmacht herausdrängt, und es als Diener Oestreichs zum Feinde Deutschlands werden läßt, wenn unserm braven preußischen Heere das schmähliche Loos fallen solle, gegen unsere deutschen Brüder zu kämpfen und Holstein wieder den Dänen auszuliefern und das alles nur, weil Herr von Bismarck die preußische Politik leitet, dann soll wenigstens Deutschland wissen, daß wir zu ihm und nicht zu Herrn von Bismarck stehen und alle uns zuständigen Mittel anwenden werden, um diese Politik zu bekämpfen. (Allgemeines Bravo.) Daß das östreichische Kabinet die Aufrechterhaltung des Londoner Traktats erstrebe, sei begreiflich, denn dies Werk sei ja ein Kunststück seiner Diplomatie gewesen; aber unbegreiflich sei es, daß Preußen, über welches in jenem Traktat ein Triumph gefeiert worden sei, das gerade damals dem Fürsten Schwarzenberg zu dem bekannten Bonmot Veranlassung gegeben: „Il faut avilir la Prusse, pour la demolir!", für die Aufrechterhaltung in die Schranken trete und zu Oestreichs Diener sich herablasse: das sei neupreußische Politik. In den Händen dieses Ministeriums ist Preußen entweder zur Ohnmacht oder zum Selbstmord verdammt; unter diesen Umständen haben wir keine Wahl: wir ziehen die Ohnmacht dem Selbstmord vor und die erste praktische Folge, die wir dieser Wahl geben, ist die Verwerfung der Anleihe." (Bravo!)

Nach Feststellung der Rednerliste erhält das Wort der Ministerpräsident v. **Bismarck**: Da Ihre Ueberzeugung hinsichtlich des Anleihegesetzes und der Resolution so vollständig feststeht, um sich durch meine Bemerkungen nicht erschüttern zu lassen, und da ich nicht gedenke, mehr oder weniger spitze Reden über die Begriffe von Recht und Ehre zu führen, sowie über das von der Kammer in allen Tonarten variirte Thema „fort mit diesem Ministerium", um dadurch die Sache zu verbessern, so beschränke ich mich auf eine Vervollständigung des Materials Ihrer Kommission. Ihre Kommission hat die Aeußerungen, welche ich gethan habe, veröffentlicht, und dadurch meine Bedenken, die geheimsten Gedanken kundzugeben, vollständig gerechtfertigt. Ich hätte gewünscht, daß die Mittheilungen etwas mehr im Zusammenhange gehalten wären, sie würden dadurch verständlicher sein. Ich erlaube mir indessen nur zwei Monita gegen das Protokoll Ihrer Kommission zu ziehen. Es steht zunächst darin, ich soll gesagt haben: „in dem Augenblicke des Rücktritts vom Londoner Protokoll könne Dänemark ohne Weiteres Schleswig inkorporiren." Ich glaube gesagt zu haben: „es wird dies voraussichtlich der erste Schritt sein, den Dänemark thut." Dann was das Wort anbetrifft, daß der Bund seine Prüfung des Successionsrechts so langsam vornehmen werde, so glaube ich, die Herren werden sich erinnern, daß mir dies Wort suppeditirt wurde, wobei ich sagte, ich hätte gegen dasselbe nichts zu erinnern; ich habe gewünscht, daß diese Prüfung bedächtig geschehe. Dann ist meine letzte Aeußerung nicht vollständig wiedergegeben. Ich soll gesagt haben: daß das Mißtrauen in einer solchen Frage zwischen mir und dem Hause der Abgeordneten kein gegenseitiges sein solle. Es ist mein Wunsch, mit den von dem Hause legal bewilligten Mitteln in die Sache einzutreten. Würden diese aber verweigert, so werde ich sie nehmen, wo ich sie finde." Ich habe den Gedanken nicht so schroff ausgedrückt; ich habe gesagt: „wir haben zu Ihnen nach wie vor das Vertrauen, daß Sie uns diejenigen Mittel, welche wir so nothwendig bedürfen, auf verfassungsmäßigem Wege zugänglich machen werden, sonst müssen wir sie nehmen, wo wir sie bekommen." Der Hr. Referent hat vorher von den traurigen Konsequenzen gesprochen, zu welchen die weitere Entwickelung der Sachlage geführt hat. Damit Sie sehen, wie gern ich bereit bin, Ihnen alle möglichen Aufschlüsse zu geben, welche die Sachlage zuläßt, so erlaube ich mir Ihnen, nicht in der Form eines Aktenstückes, sondern in der Form einer mündlichen Mittheilung, einen Theil einer vor einigen Tagen an die deutschen Regierungen gerichteten Depesche vorzulesen. (Die Depesche entwickelt, daß die preußische Regierung keineswegs dem Bunde und seinen Anschauungen entgegentrete, sondern nur ihre Stellung zu der Frage und den Kontrahenten des Londoner Protokolls zu berücksichtigen habe. Die Depesche macht ferner darauf aufmerksam, daß zwischen der Rückkehr der Herzogthümer unter dänischer Oberhoheit und zwischen einer Vereinigung derselben zu einer neuen Dynastie noch andere Möglichkeiten liegen, unter welchen vor Allem eine Personalunion zwischen ihnen und Dänemark hervorzuheben sei, etwa in der Art wie zwischen Schweden und Norwegen. Dabei werde Schleswig-Holstein durch seinen Rückhalt am deutschen Bunde einen Schutz finden, der ihnen nur von Vortheil sein könne, während man wahrscheinlich die dynastische Lösung nur mit Aufopferung der Zusammengehörigkeit der Herzogthümer und der Rechte der deutschen Bewohner Schleswigs lösen könne.) In Betreff der in der Kommission angeregten Frage', welcher Rechtstitel zur Einmischung in Schleswig dem Bunde zu Gebote stehe, habe ich dasjenige Aktenstück mitgebracht, auf welches in der Kommission Bezug genommen worden ist und worin gesagt sein soll, daß die beiden Herzogthümer alle öffentlichen Rechtsverhältnisse mit einander gemein haben sollen. Es ist das eine vom Freiherrn v. Rechlin an die deutsche Bundesversammlung gerichtete Note, durch welche der Schriftwechsel abgeschlossen wurde. Es ist aus dem Inhalt derselben schon mit einiger Schwierigkeit ein Einmischungsrecht des deutschen Bundes zu folgern; noch schwerer wird es sein, dieses Recht bei den europäischen Mächten zur Geltung zu bringen. Wenn aber das Erbrecht in Schleswig darauf gegründet werden soll: „Beide Herzogthümer dürfen nicht von einander getrennt werden und darum muß der Erbe von Holstein auch Schleswig mitbekommen, so läßt sich dieses Argument auch umkehren und für den Erben von Schleswig geltend machen."

Abg. v. **Gottberg** greift die Haltung des Hauses an, welches jüngst für eine brennende Frage erklärt habe, was es jetzt absichtlich hinzöge. Während ganz Deutschland ein thatkräftiges Eintreten Preußens für Schleswig-Holstein erwarte, benutze die Majorität die Zeit zu einem Mißtrauensvotum gegen das Ministerium, dessen Sessel sie gern aus ihrer Mitte besetzen möchte. Ein preußisches Abgeordnetenhaus mache es einem preußischen Ministerium zum Vorwurfe, daß dasselbe preußische Politik treibe! Das preußische Volk aber denke anders, es wisse, daß es durch seine Könige groß geworden sei, und es könnte leicht kommen, daß die Gründe der Majorität gegen die Staatsregierung vom preußischen Volke zu leicht befunden würden, sobald dasselbe ernsthaft prüfe. Es werde zwar nie die Wichtigkeit seiner Verbindung mit Deutschland verkennen, sich darum aber nimmermehr durch die kleinen deutschen Staaten beherrschen lassen wollen. Solchem „Bewußtsein im Volke" gegenüber sollte man meinen, sich hier in einer deutschen National-Versammlung zu befinden, nicht aber in einem preußischen Abgeordnetenhause, da der Accent immer auf deutsche Ehre, deutsche Interessen gelegt und kategorisch von der Krone verlangt werde, daß sie dieser Politik folge. Es komme aber vor Allem darauf an, was preußische Ehre und preußisches Interesse fordern, und in dieser Rücksicht habe die Staatsregierung nach allen Richtungen hin korrekt gehandelt. Redner erörtert demnächst eingehend Preußens Pflichten gegen den Bund, gegen sich selbst und gegen Europa und äußert unter Anderem, Preußen habe keine Verpflichtung, den Augustenburger anzuerkennen, da dafür noch kein Bundesbeschluß, sondern nur ein Beschluß eines sogenannten Centralausschusses in Frankfurt existire, welchen Beschluß es auf seine wahre Bedeutung zurückführen müsse, damit die kleinen deutschen Staaten endlich aus den Händen der Demokratie befreit würden. (Heiterkeit.) Merkwürdig sei es, daß gerade Diejenigen, welche den deutschen Bund immer als eine Leiche betrachtet hätten, jetzt so großes Gewicht auf dessen Entschließungen legten; man könne daraus erkennen, was aus Preußen geworden sein würde, wenn es sich 1849 der Nationalversammlung gefügt hätte, und anders als damals stehe es heute auch nicht. — Unter wachsender Unruhe fährt der Redner fort: Die Verbindung Holsteins mit Deutschland bleibe dieselbe, ob der Dänenkönig oder der Augustenburger sein Herzog sei (hört!). Durch seine Verbindung mit Dänemark sei Holstein zum Wohlstande gelangt (hört! hört!), und es werde die Herrschaft Dänemarks jedenfalls der des Augustenburgers vorziehen. Nachdem Redner bedauert, daß Preußen die Gelegenheit nicht wahrgenommen, auf dem Fürstenkongresse sich zum Organe für Recht und Legitimität zu machen, weist er darauf hin, daß Preußens Machtstellung und Sicherheit nicht von dem Schicksale Schleswig-Holsteins abhangen, sondern vielmehr von der Rheingrenze, welches der empfindlichste Punkt sei, und in dieser Hinsicht habe das Ministerium Preußens Großmachtsstellung vollkommen gewahrt, während es durch die Lossagung vom Londoner Protokolle sich auch Oestreich entfremdet und nur die Demokratie für sich gewonnen haben würde. Dasselbe gelte von Preußens Stellung dem polnischen Aufstande gegenüber; da habe man blutigen Krieg im Innern und von Außen her prophezeit, und die Regierung habe Recht gehabt, sich dadurch nicht beirren zu lassen, denn es sei in der That nichts von Allem geschehen. Sollte es jetzt wirklich der Revolution gelingen, die Funken zur Flamme anzufachen und Preußen in einen Krieg mit den Großmächten hineinzutreiben, so würde das nur zum Nachtheile der Demokratie ausschlagen, denn Preußen hat zwei Verbündete, Oestreich und Rußland (hört! hört!); ja, meine Herren, ich fürchte die heilige Allianz nicht, denn sie hat 50 Jahre hindurch den Frieden geschützt, sie hat heilsam gewirkt nach zwei Richtungen hin: gegen Frankreich und gegen die Revolution. (Heiterkeit.) Keine europäische Macht werde es Preußen verdenken, wenn es, nachdem es alle Mittel der Verhandlungen erschöpft, endlich zum Schwerte greife, um Dänemark wegen nicht ausgeführter Stipulationen zur Rechenschaft zu ziehen. An dem Protokolle aber, um welches es sich hierbei handle, habe der Bund keinen Antheil, Oestreich und Preußen allein seien dabei betheiligt und dürfen sich deshalb in dieser Frage auch nicht vom Bunde beherrschen lassen. Das von dem preußischen Ministerium befolgte System schädige weder Schleswig-Holstein, noch auch die Macht und Sicherheit Preußens, das werde vielmehr die von der Majorität vertretene Politik thun, und er bitte das Haus deshalb, die Anträge der Kommission zu verwerfen.

Abg. **Virchow**: Sie erlassen es mir wohl, ausführlich dem Vorredner zu antworten, welcher uns eine Reihe von Jahrgängen der Kreuzzeitung in so bunter Reihenfolge der Nummern vorgeführt hat, daß die wunderbarsten Anachronismen und Widersprüche zu Tage getreten sind. So hat er z. B. die Exekution eine Bruderpflicht genannt und daraus deducirt, daß es unsere Verpflichtung sei, die Mittel dazu zu bewilligen, und im nächsten Augenblick hat er auseinandergesetzt, daß Preußen sich nicht dürfe majorisiren lassen, da es gegen den Bund keinerlei rechtliche Verpflichtung habe. Es läßt sich also aus dem Inhalt seiner Rede keine Ueberzeugung für seine Ansicht begründen. In Bezug auf den Ministerpräsidenten freue ich mich, daß er im Tone keine Veranlassung gegeben hat, die ruhige Bahn der Berathung zu verlassen, und werde ich versuchen, mich in diesen Grenzen zu halten, obgleich Ruhe schwer ist bei der Besprechung einer Frage, welche die Ehre und Interessen Deutschlands so tief berührt. Wenn er die Meinung ausgesprochen hat, seine Mittheilungen würden die Ueberzeugung des Hauses nicht erschüttern, so glaube ich nicht, daß er dieselben rechtfertigen kann gegenüber den vielen Versuchen, welche die Majorität gemacht hat, um gerade in dieser auswärtigen Angelegenheit über die Personenfrage hinweg zu einer Verständigung zu gelangen, gegenüber unserer Bereitwilligkeit bis an die äußerste Grenze der Konzessionen diese Angelegenheit von allen subjektiven Wünschen loszulösen und dem Bestreben, nur durch sachliche Gründe zu überzeugen. — Er hat allerdings nicht erwarten können, unsere Ueberzeugung zu erschüttern, durch Mittheilungen, die keine sind, durch allgemeine Betrachtungen, aus denen allein zu entnehmen, daß er keine bestimmte Politik habe. Indeß habe ich doch aus den Mittheilungen des Ministerpräsidenten einen Fortschritt entnehmen können, einen Fortschritt, um welchen sich, wie ich glaube, das Haus einiges Verdienst erworben hat; die Regierung erkennt jetzt ebenfalls an, daß der Zustand, wie er 1852 in den Herzogthümern geschaffen worden, gegenwärtig ein unmöglicher ist. Eine solche Erklärung hatten wir bis jetzt noch nicht gehört. Früher hat gerade aus dem Beharren bei den Abmachungen von 1852 der Ministerpräsident das Recht Preußens, als europäische Großmacht einzugreifen, hergeleitet. In der heute mitgetheilten Note erklärt er nun auch eine Lösung für möglich, wonach zwischen den Herzogthümern und Dänemark eine Personalunion bestehen würde. Er scheint also doch endlich eingesehen zu haben, was hier im Hause schon wiederholt erörtert ist: daß nämlich mit den Abmachungen von 1852 nichts gemacht werden kann. Es ist also nicht unmöglich, daß er in der richtigen Erkenntniß noch weiter fortschreitet, und insofern dürften, wenn wir auch nicht Alles erreichen, die vorgeschlagenen Resolutionen nicht ganz fruchtlos sein. Der Ministerpräsident hat ferner erklärt, Preußen wünschte, daß die Erbfolgefrage vom Bunde recht eingehend geprüft werde, aber er hat mir nur den auf den Lippen schwebenden Gedanken hinweggenommen, wenn er hinzusetzte — langsam, bis er nämlich durch Herbeiführung von Verwicklungen dem Bunde die Entscheidung unmöglich gemacht habe. (Heiterkeit; Zustimmung.) Wer kümmert sich denn eigentlich noch um die Verabredungen von 1852. „Niemand als wir allein". Wir führen die Vertragstreue im Munde: Dänemark kümmert sich nicht um die Verträge, wir aber müssen sie halten. Möchte doch der Herr Minister seine **Vertragstreue** in andere Bahnen lenken. (Lebhaftes Bravo!) Es scheint aber, daß davon ein so großer Export beschafft werden muß, daß für den inländischen Gebrauch sehr wenig übrig bleibt. (Heiterkeit!) — Der Ministerpräsident hat ferner dem Kommissionsbericht den Vorwurf gemacht, er habe seine in der Kommission gebrauchten Worte nicht richtig wiedergegeben, insofern er nämlich gesagt: er werde die Mittel nehmen, wo er sie finde, aber auf verfassungsmäßigem Wege. Ich muß nun als Augen- und Ohrenzeuge leider gestehen, daß meinen Augen und Ohren diese Lippenbewegung des Ministers entgangen sein muß, da ich mich nicht entsinnen kann, von diesem verfassungsmäßigen Wege vernommen zu haben; nur hat er allerdings nicht gesagt, er **werde** die Mittel nehmen, sondern, er **müsse** sie nehmen. Vielleicht wollte der Herr Ministerpräsident heute nur seine Vertragstreue gegenüber der Verfassung konstatiren. Nun, wir werden sehen, wie er uns oder einer künftigen Landesvertretung gegenüber im Stande sein wird, die zu seiner Politik nothwendigen Mittel auf „verfassungsmäßigem Wege" zu erlangen. — Bei wem findet denn nämlich die Politik der Regierung Beifall? Worauf stützt sie sich? Darüber besteht doch wohl kein Zweifel mehr, daß ihr die Majorität unseres eigenen und des deutschen Volkes nicht zur Seite steht und ebensowenig die deutscher Regierungen. Ich wüßte aber auch von den auswärtigen Staaten keinen außer Oestreich, der mit seinem gegenwärtigen Vorgehen einverstanden sein könnte, denn eine Personalunion der Herzogthümer mit Dänemark ist weder im russischen noch im englischen Interesse. Indem aber die Regierung diesen Standpunkt betritt, verläßt sie die Basis, von der aus sie unsre Ansicht bisher bekämpft hat, indem sie grade dadurch den europäischen Großmächten die Möglichkeit des Einspruches giebt. — Welches Interesse kann aber Oestreich bei einer Intervention in den Herzogthümern haben? Doch nicht blos die Entstehung eines neuen Staates zu verhindern, der nach der Ansicht der Kreuzzeitung nur die Gegnerschaft Preußens vermehren würde. Oestreich hat manches deutsche Land — ich erinnere an Lothringen und Elsaß — an den Reichsfeind ausgeliefert; es hat aber stets für sich dafür eine Entschädigung zu gewinnen gewußt und seine eigenen Hausinteressen wesentlich gestärkt. Sollte Oestreich etwa aus purer Gutmüthigkeit Preußen helfen wollen, oder ist etwa jetzt derselbe Zeitpunkt, wie damals beim Wiener Kongreß, wo Fürst Hardenberg eine Note an Metternich richtete, er möchte doch Preußen aus den Schwierigkeiten, in die es hineingerathen, retten? Oestreich würde sicherlich jetzt ebenfalls seine Entschädigung verlangt haben, wie damals. Jedenfalls ist jetzt schon ein Vertrag abgeschlossen, etwa in Betreff Venetiens, oder ein ähnlicher, der uns freilich ebenso bestritten werden wird, wie die Seeschlange des vorigen Jahres, die russische Konvention. So bietet denn die Regierung dem preußischen Volke ein Schauspiel, das es seit dem siebenjährigen Kriege nicht erlebt hat; Kroaten und Panduren im Lande zu sehen, welche angeblich die deutschen Interessen schützen sollen. Ich bin noch zweifelhaft, ob die Regierung berechtigt war, die Lasten eines solchen Durchmarsches ohne vorgängige gesetzliche Genehmigung auf die Schultern der preußischen Staatsbürger zu wälzen (Zustimmung), aber das steht für mich fest, daß logische, moralische, politische Erwägungsgründe der Regierung hätten verbieten sollen, unseren Bürgern solche Lasten aufzuerlegen. (Lebhaftes Bravo.)

Ich bin dem Abg. Gottberg dankbar für die Offenheit, mit der er einen Grund für das Vorgehen der Regierung angegeben hat. Es hat als Zweck derselben die Niederwerfung der Demokratie bezeichnet. Das also soll das präsumtive preußische Interesse sein. Darin kann nun allerdings der Herr Ministerpräsident Großes leisten und sich als ein moderner Heros zeigen. Er kann nämlich erstens die dänische Demokratie niederwerfen, indem er durch sein Vorgehen den Dänenkönig zwingt, die dänische Verfassung zu brechen und eine neue zu octroiren. Wenn ferner doch der Herzog von Augustenburg anerkannt werden müßte als Herzog von Schleswig-Holstein, so versteht sich von selbst, daß wenn von Ihrer Seite (zur Rechten sich wendend) die Anerkennung zu Stande kommen sollte, von der Verfassung von 1848, die derselbe anerkannt hat, keine Rede mehr sein würde, dann würden natürlich die alten Stände aufleben und eine feudale Konstitution an die Stelle treten. Endlich aber wäre die Demokratie in Deutschland niederzuwerfen und es würde sich nun fragen, ob auch die Herren v. Dalwigk und Beust als als Mitglieder der deutschen Revolution mitzuproskribiren seien (Heiterkeit!). Mindestens aber hätte doch denn nicht die Politik des Centralausschusses in Frankfurt gesiegt, würden doch der Nationalverein, der Abgeordnetentag, die Turner- und Schützenvereine nicht Recht behalten haben, sondern die Politik des Herrn v. Bismarck! Welches ist denn nun aber der Kern dieser sogenannten revolutionären Bewegung? Nichts anderes als der Drang des deutschen Volkes nach Einigkeit, als das Streben, uns nach Außen hin endlich als eine große Nation geltend machen zu können, zu zeigen, daß wir wirklich eine Nation sind. Ist doch dieses Bestreben selbst klar und offen ausgesprochen von dem Kaiser von Oestreich, als er im vorigen Sommer die deutschen Fürsten nach Frankfurt berief, und von Herrn v. Bismarck selbst in seiner berühmten Note, in welcher er das unveräußerliche Recht der deutschen Nation entwickelt hat. Wenn man also nicht etwa den Kaiser von Oestreich und Herrn v. Bismarck zu Anhängern der Republik stempeln will, so muß man doch zugeben, daß die deutsche Einheit auch ohne Republik möglich ist. Und dabei nennt man die Unterdrückung der nationalen Bewegung ein preußisches Interesse! Das liegt wahrlich nicht im Interesse des preußischen Volkes, sondern nur im Interesse einer kleinen Clique, die selbst nicht weiß, was sie will. (Lebhaftes Bravo!) Es scheint denn doch, als ob endlich der Widerstand des Ministerpräsidenten gegen diese kleine Partei gebrochen sei. Ich glaube nämlich, daß er bei seinem Eintritt in sein jetziges Amt die ehrliche Absicht gehabt hat, nicht dieser Partei zu dienen. Er besaß damals noch wirklich Vorstellungen von persönlicher Selbstständigkeit und Unabhängigkeit, in ihm wirkten die Erinnerungen von dem alten Gegensatze Oestreichs und Preußens aus seinem Aufenthalte in Frankfurt und Petersburg noch nach. Jetzt ist es anders: Er spricht jetzt nur die Sprache und folgt der Politik der Kreuzzeitung, denn wen hat er denn hinter sich, als ihre Anhänger. Er darf nicht anders handeln, wie sie wollen, er ist ganz dem Bösen verfallen. (Allgemeine Heiterkeit, in die der Ministerpräsident mit einstimmt, Bravo!) — Wenn erst nach dem Willen dieser Partei die nationale Bewegung niedergeworfen ist, nun, dann ist Preußen in den Zustand versetzt, den ihm Fürst Schwarzenberg nach seinem von dem Berichterstatter schon citirten berühmten Ausspruch wünschte, es ist erniedrigt in seinem eigenen Hause.

Sie sprechen immer (zur Rechten gewendet), Preußen müsse in seiner Stellung als Großmacht so handeln; Sie renommiren immer mit Preußens Großmachtsstellung und leiten aus dieser ab, was es thun soll; in Oestreich spricht man nicht von der Stellung als Großmacht, sondern thut, was man für das Interesse des Staates hält. Was nennen Sie denn aber, als Großmacht handeln? Wenn die kleineren deutschen Staaten am Bunde einen patriotischen Beschluß fassen, dann rufen Sie: die Großmacht Preußen dürfe sich nicht majorisiren lassen von den Kleinen — aber von den Großen. (Allseitiger Beifall, anhaltende Heiterkeit.) Beweisen Sie doch einmal gegen Große, daß Preußen eine Großmacht ist! (Lebhafter Beifall.) Ja, wenn erst das Blut unserer Söhne und Brüder vergossen ist, wenn eine Schlacht geliefert sein wird, wenn man sich auf einen errungenen Sieg und auf einen tüchtigen Feldherrn stützen kann, dann will man — dies entnehme ich aus den Mittheilungen des Ministerpräsidenten — auf den europäischen Kongreß gehen und sich von den übrigen Großmächten majorisiren lassen. Aber eins gebe ich dabei zu bedenken: man darf sich unter der Armee keinen idealen Körper vorstellen; die Masse der Armee besteht aus Bürgern wie wir, aus unseren Söhnen und Brüdern, die an dem Entwickelungsgange der Nation vollen Antheil nehmen, die ihr Urtheil haben, wenn sie auch zeitweilig verhindert sind, ihm Ausdruck zu geben, und es wird der Regierung schwer werden, die Armee, nachdem sie ihr Blut vergossen für die Sache, sie auf ihre Bahn hinüberzuführen, wenn sie dieselbe Sache auf einem Kongresse aufgiebt. (Stürmisches Bravo!) Auf einem europäischen Kongresse würde es mit der schleswig-holsteinschen Frage eben so gehen, wie auf dem Wiener Kongresse, wo die europäische Diplomatie über Preußen auch den Sieg davongetragen hat und der berühmte Ausspruch Jeffersons zur Wahrheit wurde, daß nach dem neuen sogenannten europäischen Staatsrecht die Völker wie Schafheerden verschachert würden. Schleswig-Holstein würde auf einem solchen Kongreß zweifellos dem Feinde überliefert werden. (Zustimmung.)

Nach den heutigen Erklärungen des Ministerpräsidenten hält derselbe noch immer am Londoner Protokoll fest. Es ist schon wiederholt erörtert, daß dies nur im russischen Interesse ist, indem dadurch alle Erbberechtigten bis auf die Glücksburger zu Gunsten der Gottorp'schen Linie beseitigt sind. Nur ein Staatsmann, den ein solches Interesse leitet, kann eine solche Politik treiben. Im Interesse des preußischen und des deutschen Volkes wäre es gewesen, wenn die Regierung mit der schwedischen sich in Verbindung gesetzt hätte, um die skandinavische Union zu Stande bringen zu helfen; dadurch wäre eine wirklich starke Macht am Sunde entstanden, die nicht mit Deutschland kollidirte, sondern zu seinem Schutze gegen die Uebergriffe Englands und Rußlands dienen würde. Die Politik Dänemarks ist natürlich auf die Annektirung der Herzogthümer hingewiesen, eine skandinavische Union würde darauf verzichten können, jedenfalls wäre ein desfallsiges Uebereinkommen mit Deutschland nicht schwer.

Unter diesen Umständen trage ich kein Bedenken, der vorgeschlagenen Resolution mich anzuschließen, ebenso dem Amendement Groote, welches der Verwahrung gegen die Politik des Ministerpräsidenten einen schärfern Ausdruck giebt.

Der Vorredner hat uns eingewendet, wir hätten ja die Bundesversammlung früher nicht anerkannt. Rechtlich allerdings nicht, aber faktisch als existent müssen wir sie anerkennen. Indeß eine Regierung, welche sie rechtlich anerkennt, kann uns dabei von ihrem Standpunkte am wenigsten entgegentreten.

Meine Herren! Zur Erfüllung ihrer Bundespflichten bedarf die Regierung keiner Anleihe; zu ihren anderweitigen Zwecken ihr die Mittel zu bewilligen, wäre nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten gegen die Würde der Volksvertretung. Unser Volk hat wie kein anderes bewiesen, daß es wie kein anderes alle erdenklichen Opfer zu bringen vermag für ein wirkliches nationales Interesse, aber es ist auch frei und mündig genug, um nicht zuzugeben, daß seine Mittel nutz- und zwecklos weggegeben werden. (Lebhaftes Bravo!)

Ministerpräsident v. Bismarck: Der Hr. Vorredner wird mich nicht eines ungerechten Vorwurfs zeihen, wenn ich behaupte, daß seine Aeußerungen sich für den vorliegenden Fall nicht eigneten. Ich werde mich, getreu meiner vorher ausgesprochenen Absicht, nur auf thatsächliche Berichtigungen beschränken. Der Hr. Vorredner hat mich dahin verstanden oder verstehen wollen, daß ich in der von mir vorgelesenen Depesche die Abmachung von 1852 als unmöglich bezeichnet hätte und daß, wenn ich mich bei der Länge der Zeit seiner Worte noch recht erinnere, ich hierzu durch die Ueberredung der Redner des Hauses mich hätte bewegen lassen. Ich habe vielmehr die Zustände, welche von 1852 bis zum vorigen Jahre in Dänemark bestanden, für unmöglich, und ihre Wiederkehr für unzulässig bezeichnet. Sollten die Stipulationen, welche während dieser Zeit unausgeführt geblieben sind, unausführbar sein, so ist das Dänemarks Sache. Der Vorredner hat ferner geäußert, er sehe nicht, wie die Verabredungen von 1852 noch dazu dienen sollten, eine Inkorporation Schleswigs zu verhüten, da diese bereits erfolgt sei; es ist dies vollkommen richtig, wohl aber können diese Verabredungen als Basis dienen für das Einschreiten der europäischen Mächte gegen die Inkorporation. Was ferner meine Aeußerung in der Kommission über verfassungsmäßige und nicht verfassungsmäßige Wege betrifft, so hat mir der Vorredner das Zeugniß eines guten Gehörs gegeben; ich glaube auch ein gutes Gedächtniß zu besitzen, um mich genau meiner Worte zu erinnern. Sie konnten einen andern Sinn nicht gehabt haben, als wie ich vorher gesagt habe, und es liegt mir ferne, meine Aeußerung ändern zu wollen. Ich erinnere nur daran, daß ich mein Vertrauen mit dem Wunsche begleitete, wir würden die Mittel auf verfassungsmäßigem Wege erhalten. Der Vorredner hat behauptet, daß ich meine politische Stellung seit meinem Eintritt in das Ministerium wesentlich nach rechts herüber geändert hätte. Wenn ich bei seiner Auffassung stehen bleibe, daß ich dadurch dem Bösen verfallen sei, nun so erinnere ich ihn an den Spruch: flectere si nequo superos Acheronta morebo.

Ich habe die Hoffnung gehabt, daß sich auch bei Andern, als bei mir die Neigung finden würde, den Parteistandpunkt unter Umständen den allgemeinen Interessen zu opfern, ich will nicht untersuchen, in wie weit ich mich getäuscht habe. Der Vorredner kam dann auf die Frage eines Kongresses und schien dabei vorauszusetzen, daß wir, die wir uns am Bunde nicht majorisiren lassen wollen, auf dem Kongresse majorisirt werden würden. Ich bemerke dabei, daß auf Kongressen nicht majorisirt werden kann, da die Beschlüsse einstimmig gefaßt werden müssen. Wenn der Vorredner darin eine Ungeheuerlichkeit sieht, daß nach einem Kriege ein Kongreß folgen solle, so ist mir dies unbegreiflich; es ist das fast die Regel. Wenn man den Krieg

nicht verewigen will, muß man doch einmal zu einer Verständigung kommen. In Betreff der russischen Ansprüche glaube ich, daß auf die dänische Monarchie ein solcher Anspruch nicht wohl erhoben werden könnte, noch erhoben ist; was dagegen die Ansprüche auf die Herzogthümer betrifft, so habe ich keinen Beruf mich darüber auszusprechen. Wenn aber der Vorredner dies schlechthin als eine Lüge bezeichnet hat, so will ich ihm erwiedern, daß diese Lüge von ziemlich vielen Leuten geglaubt wird. (Heiterkeit.) Der Vorredner hat uns dann vorgeworfen, daß wir nicht an der skandinavischen Union einen Bundesgenossen gesucht hätten. Ich kann demselben darauf erwiedern, daß der Gedanke an eine skandinavische Union wohl von einer Anzahl von Professoren gehegt wird, daß aber die schwedische Regierung dem nicht geneigt ist. Ich will hier nur die Thatsache feststellen, daß die Chance nicht so am Wege liegt, als der Herr Vorredner meint.

Abg. Graf v. Wartensleben (vom Platz): Meine Herren! Ich bin ein echter Pommer ..... (Rufe: „Auf die Tribüne!") — Vicepräsident v. Unruh: Jedes Mitglied hat das Recht, vom Platze oder von der Tribüne zu sprechen; bei größeren Debatten ist es indessen allerdings Usus, daß die Redner die Tribüne besteigen. — Abg. Graf v. Wartensleben: Da dies mein Recht ist, so werde ich vom Platze sprechen. Meine Herren! Wenn ein echter Pommer nach Bayern kommt, so verstehen sie ihn dort nicht, und wenn ein echter Schwabe nach Pommern kommt, so verstehen wir ihn auch nicht. Darin sehe ich den göttlichen Rathschluß, daß es einen Nationalegoismus geben muß, und ich, meine Herren, kenne nur den preußischen Standpunkt und das preußische Interesse, und ich beklage, daß wir in dieser Frage einen Blick werfen sollen auf das Ausland und auf das Verhalten Anderer. Von diesem Standpunkte aus kann ich auch nur die holsteinsche Frage betrachten. Abgesehen davon, daß das Recht des Herzogs Friedrich für mich ein höchst zweifelhaftes ist, namentlich wegen der Entsagung seines Vaters, habe ich mich nur gefragt: was ist unser Interesse? Und da theile ich den Stundpunkt des Abg. Waldeck, daß man nicht fragt, wem anders man ein Land geben sollte, daß man sich vielleicht selbst nehmen kann. Was hat nun unsere Regierung gethan? Wenn sie die Verträge gebrochen hätte, was hätten wir dann, wenn der Kriegsfall eintritt, wenn wir uns vorher gebunden hätten an Bundesbeschlüsse oder dergleichen? (Heiterkeit.) Die jetzt vorgeschlagene Resolution, meine Herren, und die früher von Ihnen beschlossene, muß ich als verfassungswidrig erklären. (Widerspruch.) Sie haben entschieden das Recht, Ihr Votum gegen die Anleihe abzugeben, aber Sie haben keineswegs das Recht, dem Ministerium den Gang seiner äußeren Politik vorzuschreiben, das ist eine Einmischung in die Prärogative der Regierung. Die Anleihe verweigern, ist Ihr Recht, die Resolution fassen, Unrecht. Sie fürchten einen Bürgerkrieg mit den deutschen Staaten. Meine Herren! Im Interesse der Menschheit würde ich das für ein Unglück, im preußischen Interesse für ein Glück halten. (Oho!) Ja, meine Herren, denn dann kann der preußische Adler weitergreifen und seine Schwingen ausdehnen. (Heiterkeit.) Es ist das Interesse Preußens, so weit als möglich Boden in Deutschland zu fassen und sich auszubreiten. Die deutsche Einheit werden wir nicht mit Worten machen, sondern nur mit Thaten! (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Möller: Der Vorredner hat das Recht des Hauses bestritten, die Bewilligung der Anleihe an Bedingungen zu knüpfen und in einem darauf gerichteten Beschlusse einen Eingriff in die Prärogative der Krone erblicken zu müssen geglaubt; kein Schluß kann falscher sein als dieser. Wer so argumentirt, steht bewußt oder unbewußt noch auf dem Boden des Absolutismus, nicht auf dem des Verfassungsstaates. Die Rechte der Krone, wie sie die Verfassungsurkunde festgestellt hat, wird dieses Haus stets auf das Gewissenhafteste achten, aber es wird auch nicht um ein Komma weitergehen, und es verlangt dieselbe gewissenhafte Beobachtung für die Rechte der Landesvertretung, wie sie in anderen Artikeln derselben Verfassungsurkunde festgestellt sind. Art. 103 sagt ganz klar, daß Staatsanleihen nur auf Grund eines, durch Einwilligung aller drei Faktoren der gesetzgebenden Gewalt zu Stande gekommenen Gesetzes aufgenommen werden können. Dieses Haus hat das Recht, seine Einwilligung zu ertheilen, es hat das Recht, sie zu versagen; es hat also auch das Recht, einen Beschluß zu fassen, der dazwischen liegt, das heißt eine bedingte Einwilligung auszusprechen. Darin liegt allerdings eine Beschränkung der Rechte der Krone, welche aber in allen Verfassungsakten stattfindet und von der ganzen Welt, die Herren auf der rechten Seite dieses Hauses ausgenommen, als heilsam und förderlich für das Staatswohl erachtet wird. Dies sind freilich Sätze aus dem politischen Abc; aber es ist nicht unsere Schuld, daß dieselben hier so oft wiederholt werden müssen. Das Recht der bedingten Bewilligung übt das Haus bei jedem Beschlusse über eine Etatsposition aus; es hat ein solches Recht aber auch bei Anleihen ausgeübt, so z. B. bei der 30 Millionen-Anleihe des Jahres 1859, welche nur für die Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft bewilligt war. Die Uebertretung dieser Bedingung ist die Quelle des gegenwärtigen Konflikts. Auch diesmal wollen wir dieses Recht uns nicht nehmen lassen. Wir haben eine doppelte Veranlassung dazu, einmal die Rücksicht auf die Ehre des Staates und dann, daß wir alle Ursache haben, unsere Finanzen zu schonen. In den letzten 13 Jahren hat sich unser Budget um 50 Millionen erhöht, was die Steuerzahler bitter empfinden.

Als zweiter Rechtsgrund ist uns die bundesmäßige Verpflichtung Preußens entgegengehalten worden; ob das Bundesrecht dem Budgetrecht der Landesvertretungen zu derogiren vermöge, will ich hier nicht weiter untersuchen. Gesetzt, es wäre dem so, so fallen von den auf 17 Millionen Gulden veranschlagten Kosten der Bundesexekution in Holstein — ein weiterer Bundesbeschluß ist noch nicht vorhanden — 27 Prozent, d. h. rund 2,600,000 Thaler auf Preußen; zur Deckung dieser Summe ist bei einem jährlich steigenden Budget von 140 Millionen eine Anleihe nicht erforderlich. Die Bundesexekution allein kann zu weiteren kriegerischen Verwickelungen nicht führen. Ich frage aber, wie kann sich Preußen noch auf seine Bundespflichten berufen, nachdem die preußische und östreichische Regierung sich feierlich und öffentlich von der Verpflichtung losgesagt hat, dem Bundesbeschlusse vom 14. Januar Folge zu leisten, ja wo es geradezu in feindseligen Widerspruch gegen die Politik der übrigen deutschen Staaten getreten ist? — Der Herr Ministerpräsident hat die Schuld auf „Mißverständnisse" geschoben; welche Rolle dieselben seit dem 18. März 1848 bei uns gespielt, ist bekannt. Der Entschluß der Regierung hat übrigens schon vor dem Bundesbeschlusse festgestanden; die Rüstungen sind von Anfang an in weit größerem Maaßstabe betrieben worden, als für reine Exekutionszwecke erforderlich gewesen wäre. Ein Theil der 12 Millionenanleihe ist zur Armirung der Küsten, zu Rüstungen der Marine, zum Bau von Panzerschiffen begehrt, ja in den Motiven auf „weitere Eventualitäten" hingedeutet worden. Die erste derselben — das haben die letzten Tage gelehrt — wird der Einmarsch einer preußisch-östreichischen Armee wider den Willen des Bundes in Holstein sein, die zweite Eventualität die Kriegserklärung gegen Dänemark. Hat die Regierung diese ihre Politik der Landesvertretung gegenüber zu rechtfertigen gesucht? Auf die Frage, wohin dies Alles ziele, wurde die Antwort gegeben: das gehöre noch nicht vor die Oeffentlichkeit. Daß es sich also um Pläne handelt, die das Licht zu scheuen haben, ist klar; jedenfalls soll der Krieg nicht für die Ehre und Unabhängigkeit Deutschlands, nicht für das Recht der Herzogthümer auf Selbstständigkeit und Untheilbarkeit, nicht für die Thronfolge des rechtmäßigen und von seinem Volke begehrten Herrschers geführt werden, er soll nicht ein nationaler und gerechter Krieg sein, kein solcher Krieg, wie er heutzutage allein noch einer civilisirten Nation würdig ist. Warum hätte man sonst der Anerkennung der Herzogthümer durch den Bund gewehrt? warum hätte man ihm als „zweifelhaften Prätendenten" den Aufenthalt in seinem eigenen Lande nicht gestatten wollen? warum hätte man nicht auf den einzig korrekten Pfad einlenken wollen: Lossagung von dem Londoner Vertrage, Okkupation Holsteins für seinen rechtmäßigen Herzog?

Der Herr Ministerpräsident hat darauf hingewiesen, daß das Festhalten an den Londoner Verträgen für die deutschen Großmächte die einzige Möglichkeit sei, sich um das, nicht zum deutschen Bunde gehörende Schleswig zu bekümmern, es sei eine Brücke, die man erst hinter sich abbrechen könne, nachdem man sie nicht mehr nöthig habe. Das mag sehr diplomatisch lauten, führt aber direkt in eine Sackgasse, nämlich zu nichts Weiterem, als daß der König von Dänemark, dem Drucke nachgebend, die Novemberverfassung für Dänemark-Schleswig aufhebt. Damit fehlt der weiteren Aktion auf Grund der Londoner Verträge jeder Boden, und Dänemark wird dann bei erster Gelegenheit seine Versprechungen zurücknehmen oder umgehen. — Der korrekte Weg war im badischen Antrage vorgezeichnet, den Erbprinzen Friedrich als Herzog von Holstein anzuerkennen und ihm zu überlassen, die Hülfe des deutschen Bundes in Betreff Schleswigs auf Grund des Art. 47 der Wiener Schlußakte anzurufen. Verpflichtet zu einer solchen Hülfe ist der Bund nicht, wohl aber hat er das Recht dazu, insofern der Herzog als Bundesglied die Störung seines außerhalb des Bundes belegenen Besitzstandes nachweist, welcher Nachweis bei der Besetzung Schleswigs durch dänische Truppen nicht allzu schwierig sein möchte. Es sind also nur zwei Annahmen möglich: entweder will Preußen die Herzogthümer für sich behalten als von Dänemark erobertes Land, — oder sie an Dänemark zurückgeben. Aber die preußische Politik ist seit Menschenaltern nicht auf Eroberungen gerichtet gewesen. Verdächtig ist ferner die östreichische Allianz, insofern das Gerücht von einer mit Oestreich abgeschlossenen „Konvention" mehr als bloßes Gericht ist. Es würde dies ein Kompagniegeschäft sein, in welches jeder Theilnehmer mit der Absicht eintritt, sich mit dem besten Antheil an der Beute herauszuziehen und die Andern die Zeche zahlen zu lassen. Zu einem so kühnen Wurf hat sich seit Menschengedenken die preußische Politik nicht aufgerafft; es scheint daher diese Annahme nicht zulässig. Somit bleibt nur noch die letzte, traurige Möglichkeit übrig, daß es sich nur um eine zweite Auflage jenes Scheinkrieges handelt, der in den Jahren 1848—50 angeblich gegen Dänemark, in der That gegen die deutsche Volksbewegung geführt worden ist. Für einen solchen Krieg ist die entente cordiale mit Oestreich wohl erklärlich. Das Ministerium fühlt instinktmäßig, daß jeder Aufschwung des deutschen Nationalgeistes der Herrschaft seiner Partei gefährlich wird; es will die Unterdrückung desselben selbst um den Preis, daß abermals zwei deutsche Länder einer neuen nationalen Schmach unterworfen werden. Vom Kriege würde nichts Anderes übrig bleiben, als eine höhere Art von Sport, eine angenehme Motion für die hohen Herrschaften, die leider beiläufig Tausenden von armen Soldaten Leben und Gesundheit kosten würde. Das sind die Zwecke, für welche man Gut und Blut der preußischen Staatsbürger verlangt. Bei Gott! beides ist dafür zu kostbar. Wir können es vor unseren Wählern und vor unserem Gewissen nicht verantworten, für solche Zwecke auch nur einen Pfennig zu bewilligen. Der Herr Ministerpräsident hat in der Kommission freilich die Andeutung fallen lassen, wenn das Haus die Anleihe nicht bewilligen wolle, so werde man sich Geld schaffen, wie und woher man könne. Nun, meine Heeren, darauf müssen wir es ankommen lassen. Es giebt allerdings Kapitalisten, die gegen lockende Bedingungen ihr Geld auf unsichere Hypotheken leihen, um schließlich zu Bettlern zu werden. Vielleicht meint der Herr Ministerpräsident Solche, die das Geschäft en gros zu betreiben Lust haben, das Publikum wird sich vor Schaden zu bewahren wissen. Es wird weder direkt an einer Anleihe ohne alle Garantie und gegen das öffentliche Votum der Landesvertretung sich betheiligen, noch aus zweiter Hand die Schuldscheine einer solchen Anleihe übernehmen. — Wir haben hier nur eine Pflicht: noch einmal einer Staatsregierung, welche solche Wege wandelt, öffentlich vor dem eigenen Lande wie vor ganz Deutschland unsere Mitwirkung zu verweigern. (Lebhaftes Bravo!)

Abg. v. Blanckenburg: Der Vorredner habe es ihm leicht gemacht, indem er sich auf landläufige Deklamationen beschränkt habe, während schon von dem Referenten der Punkt gekennzeichnet worden sei, auf den es ankomme, und der sich in den Ausdruck resumire: Fort mit diesem Ministerium, und: Wir können keine Anleihe bewilligen, weil Bismarck an der Spitze steht. Er habe freilich bis jetzt immer geglaubt, daß in Preußen der König herrsche, und es rede ja auch noch die letzte Adresse des Hauses von dem Vertrauen des Hauses. Gegen den Abg. Virchow sich wendend, welcher die Kreuzzeitung wieder einmal als Vogelscheuche hingestellt habe, meint Redner, er könne ihm leicht die Volkszeitung vorrücken, deren Theilnehmer und fleißiger Mitarbeiter der Abg. Virchow wohl sei. (Heiterkeit; Abg. Duncker schüttelt abwehrend mit dem Kopfe.) Man behaupte, die Politik der preußischen Regierung sei ohne Sympathie im Lande, und frage, wen Bismarck hinter sich habe. Darauf erwidere er: Vor sich hat er den König und hinter sich die Armee, die königl. preußische Armee, von welcher, wenn sie sich zurückzieht, man nichts Anderes sagen kann, als daß sie dies auf Befehl des Königs gethan habe. (Bravo rechts.)

Wenn ihm und seinen Freunden der Vorwurf gemacht werde, daß sie kein Verständniß hätten, für nationale Interessen und nationale Politik, so gestehe er, daß ihnen in der That das Verständniß fehle für ein Nationalitätsprinzip, welches in Italien rechtmäßige Fürsten beraubt und in Deutschland die Einigung der Fürsten zur Kräftigung Deutschlands gegen äußere Feinde verhindere; auch dafür hätten sie kein Verständniß, wie ein preußischer Mann in der Resolution fordern könne, daß Preußen als Großmacht sich den Bundesbeschlüssen füge? — Der Abg. von Carlowitz habe zu seiner Verwunderung den vorliegenden Antrag mitunterzeichnet, während er 1860 in der schleswig-holsteinschen Debatte in Bezug auf Preußens Stellung zum Bunde gerade das Gegentheil verfochten habe. Damals habe er energisch gegen jede Majorisirung Preußens im Bundeswege protestirt und auf Letzteren den Ausspruch angewendet: naturam expellis furca, tamen usque redibit, welchen er also übersetzt habe: „Wecke immerhin den Bundestag aus dem Schlafe, er schläft doch wieder ein." (Heiterkeit.) Die weitere Behauptung des Redners, Preußen habe im Interesse der Herzogthümer seinen Antrag am Bunde gestellt, erregt so heftigen Widerspruch im Hause, daß der Präsident von der Glocke Gebrauch machen muß. Das Verhalten des holsteinschen Prätendenten könne keine Sympathien erregen; derselbe mißachte den Verzicht seines Vaters, setze sich vom Nationalverein gestützt im Lande fest, wo er sich privatim anerkennen lasse, — das alles verletze jedes Rechtsgefühl und widerstrebe durchaus der Würde des deutschen Bundes. Er könne sich nicht für einen künftigen Herrscher in Holstein erklären, welcher schon in den ersten Stadien seiner Laufbahn und in der gegenwärtigen Zeit den Versuch mache, durch ein Schreiben an Louis Napoleon seiner Sache Vorschub zu leisten. „Ein Fürst, welcher die Hand zu einem neuen Rheinbunde bietet, der giebt seine Dynastie für immer auf", so habe früher der Abg. v. Carlowitz geurtheilt, und er (Redner) unterschreibe diesen Grundsatz bereitwillig, ohne freilich begreifen zu können, wie Jener heute dazu komme, sich für einen künftigen Rheinbundfürsten zu erklären. Auch dafür fehle ihm das Verständniß, wie man von Preußen verlangen könne, mit England, mit Oestreich und mit Rußland zu brechen, um für einen neuen Herzog von Holstein in den Krieg zu ziehen. — Gegen den Abg. Virchow müsse er bemerken, — er wisse es zwar nicht genau, aber er glaube doch zu wissen, — daß Preußen wohl noch andere Mächte neben sich habe, als Oestreich. Nicht dieses allein wolle die europäische Revolution bekämpfen, auch in England sei man bereit, sich diesem Ziele anzuschließen. Er könne nur fort und fort dasselbe Wort wiederholen: Ich habe kein Verständiß — (Heiterkeit) dafür, daß Preußens Politik sich Majoritätsbeschlüssen dieses Hauses fügen soll (Ruf: Gewiß!). Geschähe dies wirklich, so würde die gesetzlich und rechtlich bestehende Armeereorganisation wieder vernichtet werden müssen. (Große Unruhe, Unterbrechung, Ruf: Oho! Glocke des Präsidenten. Als wieder Ruhe eingetreten ist, behauptet Redner, er wisse, als Mitglied der damaligen Militärkommission, daß die Gelder 1860 zu einem dauernden Zwecke bewilligt worden seien; was eine abermalige Unterbrechung hervorruft. Seine folgenden Aeußerungen werden von großer Unruhe und Ausbrüchen der Heiterkeit begleitet, sowie mehrfach durch den Ruf „zur Sache"! unterbrochen.)

Sie sind neulich dem Rathe des Abg. Jacoby, das ganze Budget zu verwerfen, nicht gefolgt, weil Sie dabei das Volk nicht hinter sich zu haben glaubten, wenn Sie aber den jetzt beantragten Beschluß fassen, so werden Sie bald nicht bloß ein negatives, sondern ein positives Desaveu bekommen. Das Land weiß den wahren Werth der Armeeorganisation sehr wohl zu schätzen, und wie es über die Politik der Regierung denkt, hat es im Kourszettel der Börse zu erkennen gegeben, denn als es jüngst hieß, der Ministerpräsident würde zurücktreten, da fiel der Kours, wie Ihnen der Abg. Reichenheim bestätigen wird. (Allgemeines Gelächter.) Sie haben das unzweifelhafte Recht, den Kredit zu verweigern, aber auf die Spitze getrieben, wird dieses, wie jedes andere Recht zum Unrecht, und muß brechen und die Reaktion würde unmittelbar folgen." Redner versichert, er habe bei allen seinen Reden es sich stets angelegen sein lassen, dahin zu wirken, daß die Verfassung wo möglich bestehen bleibe, das sei aber nicht mehr möglich, wenn das Haus Beschlüsse fasse, welche die Regierung unmöglich ausführen könne. Er erinnert daran, wie einst ein Graf Schwerin dem großen Kurfürsten den Rath gegeben, türkisches Regiment in Preußen einzuführen, und wie ein Hoverbeck gegen alles Völkerrecht den Grafen v. Kalkstein verhaftet und zur Hinrichtung geführt habe, weil derselbe sich unbeugsam für die Landesrechte erhoben habe. Das habe man damals auch Verfassungsbruch genannt, doch die Geschichte habe anders darüber geurtheilt. Kein König von Preußen, auch kein zukünftiger könne die vom Hause zugemutheten Beschlüsse ausführen, keiner seine Armee Angesichts eines Krieges desorganisiren, wie der Abg. Duncker verlangt habe. Man scheue sich allerdings, die Bahn des Abg. Jacoby zu betreten, aber man handle so, was der Grund zu sein scheine: ich möchte wohl, aber ich wage es nicht. Wem es unter einem kräftigen königlichen Regiment nicht gefalle, der möge sich ein anderes Vaterland suchen. „Ich für meine Person würde, wenn die königliche Gewalt einmal nachgeben könnte, mich entweder von der Mitwirkung an den Staatsangelegenheiten zurückziehen oder mich bei dem neuen parlamentarischen Leben betheiligen, (schallendes anhaltendes Gelächter), denn es ist nicht möglich, ein Königthum, welches sich selbst aufgiebt, mit den Waffen zu vertheidigen, die ich bis jetzt geführt habe. (Beifall der Konservativen, kräftiges Zischen auf den anderen Bänken.)

Abg. v. Carlowitz ergreift hierauf das Wort für den Kommissionsantrag und zur Rechtfertigung der von ihm beantragten Resolution. Bei der im Hause sich erhebenden Unruhe ist von seinen Ausführungen auf der Journalistentribüne leider nicht ein Satz im Zusammenhange zu verstehen.

Der Schluß der Generaldebatte wird darauf angenommen; eingeschriebene Redner sind noch die Abgg. Waldeck, Frese, Jung, Mitschke-Collande, Meibauer, Duncker, Graf Schwerin, Twesten u. A. — Ebenso wird die Vertagung auf morgen beschlossen. — Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Duncker (gegen Blanckenburg): Die Reorganisation könne auch im Falle eines Krieges verfassungsmäßig rückgängig gemacht werden, ohne einen Mann aus dem Gefüge der Armee zu nehmen: es wäre nur nöthig, die Linienregimenter in Landwehrregimenter zu verwandeln. — Abg. Dr. Virchow (gegen denselben): Er habe nie weder an der „Volkszeitung", noch an einer anderen gearbeitet und schreibe in Zeitungen überhaupt nie anonym. — Abg. Frhr. v. Hoverbeck (desgleichen): Der Abg. v. Blanckenburg habe ihm vorgeworfen, daß einer seiner Vorfahren vor einigen hundert Jahren zu Gunsten des großen Kurfürsten einen völkerrechtlichen Frevel verübt habe; er gestehe, daß ihm das herzlich leid thue, er könne aber nicht dafür. (Heiterkeit.) Das versichere er dem Abgeordneten, daß er zu Gunsten keines Fürsten der Welt so handeln würde. (Bravo.)

Abg. Reichenheim: Abg. v. Blanckenburg irre sich; man spekulire an der Börse auf die schlechte Politik der Regierung, weil man der Meinung sei, daß Preußen nachgegeben werde, und daß deshalb Verwicklungen gar nicht entstehen könnten. Auf das Verbleiben des Ministerpräsidenten werde nicht spekulirt, der Ministerpräsident habe an der Börse keinen Kurs, ebensowenig wie im Volke. Dieses Werthpapier eigne sich also zur Spekulation nicht. — Abg. Dr. Waldeck erklärt, daß er zwar für den Kommissionsantrag eingeschrieben sei, doch gegen die Resolution habe sprechen wollen.

Der Präsident schließt die Sitzung um 3¾ Uhr. — Nächste Sitzung: morgen 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen.

In der 9. Sitzung des Herrenhauses wurden einige Gesetzentwürfe von meist lokaler Bedeutung berathen. Den vollständigen Bericht bringen wir morgen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 21. Januar. Nach einer bei dem Vorstand der Kaufmännischen Vereinigung heute eingegangenen Benachrichtigung des Kgl. Bank-Komptoirs hierselbst ist dasselbe veranlaßt, in Zukunft Wechsel, welche bei dem Aussteller selbst domizilirt sind abzulehnen.

Neustadt, 20. Jan. [Unglücksfall; Straßenraub; Steuer; Berichtigung.] Am Sonntag fuhren mehrere Fornale von hier nach Chudopsice zurück, nachdem sie dem Branntwein gehörig zugesprochen hatten. Unterweges wollten zwei von ihnen sich gegenseitig ausfahren, wobei der eine vom Wagen fiel und sofort seinen Tod fand. — Vor einigen Tagen wollte der Waldwärter Potempa aus Schleife den Holzerlös an den betreffenden Forstbeamten in Blocke abführen. Als er sich in der Dunkelstunde auf dem Wege dorthin befand, wurde er von drei ihm unbekannten Leuten, welche aus der Schonung auf ihn zusprangen, zu Boden geworfen und des in der Jagdtasche befindlichen Geldes im Betrage von 62 Thlr. beraubt. Er hatte außerdem in der Westentasche einige 40 Thlr. Papiergeld. Potempa hatte sonst keine Verletzungen davongetragen.

Als etwas besonders Merkwürdiges sei hier noch erwähnt, daß ein Einsasse des hiesigen Kreises, der noch bis ins vorige Jahr nur 10 Thlr. Klassensteuer zahlte, in diesem Jahre zur Einkommensteuer mit einer jährlichen Steuer von 144 Thlr. gebracht worden. Ueber das Einkommen des jetzt so hoch Besteuerten schwebte bis jetzt ein Dunkel, welches nunmehr aufgeklärt worden. — Zum Schluß bitte ich noch um eine Berichtigung, da es in meinem jüngsten Berichte über den hiesigen katholischen Schulhausbau nicht Graf Mielecki, sondern Graf Wl. v. Łącki heißen muß.

Schneidemühl, 19 Januar. [Wahlen auf den landschaftlichen Kreistagen.] Am gestrigen Tage hat auf den beiden landschaftlichen Kreistagen zu Lobsens und Deutsch-Krone die gesetzliche Neuwahl des Landschafts-Direktors für das Departement Schneidemühl und des Landschafts-Raths für den Kamminer Kreis stattgefunden. Von den abgegebenen 122 Stimmen hat der bisherige westpreußische Landschafts-Direktor v. Zychlinski auf Dyck 121 Stimmen wiederum erhalten und ist somit ein glänzend übereinstimmendes Resultat derartiger Wahlen wohl selten dagewesen. 30 Gutsbesitzer, unter denen mehrere polnische, haben sich der Abstimmung enthalten. Eben so ist der bisherige Landschaftsrath v. Müllern auf Soßnow in seinem Kreise einstimmig mit 66 Stimmen wieder gewählt worden. (Patr. Z.)

Vermischtes.

* Unsere schönen Leserinnen sind oft ungehalten, wenn sie gedruckten oder nur ausgesprochenen Tadel, Bemerkungen 2c. über ihre Lieblinge, die Krinolinen, vernehmen müssen. Um sie aber zu beruhigen und sanftmüthiger zu stimmen, wollen wir ihnen hier zum Troste mittheilen, daß es den Urahnen ihrer Lieblinge, welche im Anfange des vorigen Jahrhunderts lebten und geliebt wurden, nicht besser, ja noch viel schlimmer ging, als den Enkelinnen heut zu Tage; denn damals schalt man sie sogar von den Kanzeln herab. Hier nur einen Beleg (Sackmann's plattdeutschen Predigten, Celle, 1860, entnommen). Es heißt in der Predigt vom 10. Sonntage nach Trinitatis, im Jahre 1711 gehalten, folgendermaßen: „Ich muß noch einmal auf die Frauenskleider kommen: de Hengers dreget nu gar keene Folen meer, sündern se heft uppestund (umgestürzte) Kükenkörve an üm den Steert; Tunnenbänder un Stricke neiet se in de Röcke; dat mot styve hen staan; enen groten Ballerigan engt se üm. Et is rechte Sünne un Schanne; keen ehrlik Minsche kann daby her gaan; et mot önen Alles utem Wege gaan, sei nemet fast de ganze Strate in; hier in Limmer het et wol niks to seggen, aver man kome mal des Söndages in Hannover, da werd eener syn Wunder sein, Wanne, Wanne! wenn hei sau vele Kükenkörve up den Straten lopen seie, ja man schöll woll daröver lachen; doch nee! nee! nee! man mut daröver wenen!" 2c. (Jobst Sackmann lebte als Pastor zu Limmer bei Hannover, geb. 1643, gest. 1718, und war ein tüchtiger Geistlicher.)

* In Liverpool ist vor einigen Tagen ein mißlungener Versuch gemacht worden, den „Great Eastern" zu verkaufen. Es hatte sich eine große Menge von Schaulustigen hinzugedrängt. Als der Auktionator, mit lebhaftem Applaus empfangen, auf seine Tribüne stieg und das Schiff ausbot, entstand eine lange Pause der Erwartung, bis endlich einer der Anwesenden 50,000 Pfd. St. bot. Wieder eine lange Pause. Darauf erklärte der Auktionator, um Zeit zu ersparen, das Gebot des Eigenthümers aussprechen zu wollen, und dieses war 130,000 Pfd. St. (eine Summe, welche zur Befriedigung aller gegen das Schiff anhängig gemachten Ansprüche hinreichen soll). Da Niemand höher bot, so wurde das Schiff aus der Versteigerung zurückgezogen und die Geschichte war zu Ende. Ueber kurz soll der „Great Eastern" jedoch von Neuem öffentlich feilgeboten werden.

Neuestes.

Breslau, 22. Jan. Die hiesigen Militär- und Kommunal-Behörden sind definitiv dahin übereingekommen, die durchziehenden östreichischen Truppen in den Kasernen und Ordonnanzhülfswirthschaften unterzubringen.

(Beilage.)

Telegramm.

Berlin, 22. Januar. Im Abgeordnetenhause beantwortete v. Bismarck die Schulze'sche Resolution dahin: Es ist nicht wahr, daß die kleinen deutschen Staaten sich an Preußen anlehnen wollen. Die letzten 15 Jahre beweisen, daß sie sich an Oestreich anlehnen, wovon wir viel zu leiden gehabt. Unsere Aufgabe ist, mit den skandinavischen Völkern in Eintracht zu leben; ein Minister, der sich das Vertrauen der Majorität des Hauses erwerben wolle, müsse gegen die Verfassung, den preußischen Volksgeist und die geschichtlichen Traditionen handeln. Das Haus wolle diplomatischer Hofkriegsrath sein, Preußen unter die Majorität des Bundestages beugen. Das Haus verstehe das preußische Volk nicht; der Rocher de Bronze stehe noch.

Schwerin sagte: Nach schweren Kämpfen sei er für die Ablehnung entschlossen, er hoffe, der König werde den Bundesbeschluß wegen der Erbfolge anerkennen, das Ministerium fürchte die Demokratie und das Ausland.

Bismarck entgegnete: Die Demokratie hoffe er zu besiegen, die Besorgniß vor dem Auslande sei gebotene Vorsicht; er behaupte heute wie immer die Politik der freien Hand.

Angekommene Fremde.

Vom 22. Januar.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Rentierin Bolewska aus Dresden, die Kaufleute Kassner aus Berlin, Oppermann aus Dresden, Schulze aus Frankfurt a./M. und Haas aus Mainz.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Gutsbesitzer Frau Krieger aus Netzband und Waligorski aus Rostworowo, die Kaufleute Schnaase aus Danzig, Goetzen aus Breslau und Memminger aus Leipzig, Gutsbesitzer Froehlich aus Wolfenbüttel.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Gutsbesitzer v. Koczorowski aus Czerminek, v. Radonski aus Czarnuszki, Ramke aus Chociszewo, v. Rogalinski jun. aus Cerekwice, v. Sawicki jun. aus Gr. Rybno und Graf Potocki aus Krakau, die Kaufleute Maß aus Mainz und Raukorn aus Glogau.

DREI LILIEN. Kassirer Gorski aus Schloß Grätz und Kaufmann Balbach aus Breslau.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Berichtigung.

In unserer Bekanntmachung vom 22. Dezember v. J. die Verloosung der 4prozentigen Pfandbriefe betreffend, sind nachstehende Druckfehler vorgekommen:

Nr. 8/2973. statt 8/**2937**. Dembicz über 1000 Thlr.
= 14/2595. Przebowo statt **Trzebowo** über 250 Thlr.
= 14/3495. Białz (Kosten) statt **Birnbaum** über 100 Thlr.
= 20/8052. statt **28**/8052. Głębokie über 100 Thlr.
= 57/4882. statt 56/4882. Spławie über 50 Thlr.
= 39/4630. statt 39/**4631**. Kórnatowice über 50 Thlr.
= 22/4969. statt 22/**4966**. Karski über 50 Thlr.
= 48/4344. statt **53**/4344. Jarosławiec über 25 Thlr.
= 55/7321. Srébrnagóra statt **Srebrnegórki** über 25 Thlr.
= 2/2328. Opowo statt **Osfowo** über 1000 Thlr. J. 63.
= 5/2690. Starkowia statt **Starkowiec** über 1000 Thlr. J. 63.
= 26/379. statt 26/374. Ninino über 100 Thlr. J. 61.
= 115/3252. statt 115/**3253**. Kretkowo über 50 Thlr. J. 61.
= 66/1048. statt 66/**1043**. Poniec, Punitz, 50 Thlr. J. 62.
= 51/1623. statt 51/**1626**. Psarskie über 50 Thlr. J. 63.
= 130/2885. statt 13)/**2685**. Mszyczyn über 25 Thlr. W. 62.
= 134/1990. statt 134/**1900**. Rajszkowo über 25 Thlr. J. 62.

welche hierdurch rektifizirt werden.

Posen, den 18. Januar 1864.

General-Landschafts-Direktion.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Posen.
Abtheilung für Civilsachen.
Posen, den 7. Septbr. 1863.

Das der **Karoline Louise Kretzer** geb. **Wentzel** gehörige, unter Nr. 3 zu **Kolumbia** bei **Posen**, belegene Grundstück, abgeschätzt auf 6134 Thlr. 7 Sgr. 4 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzusehenden Taxe soll

am 11. April 1864
Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Polizeiliches.

Am 21. Januar aus alten Markt 37 entwendet: ein schwarztuchner Paletot, wattirt, mit schwarzem Kammlott-Unterfutter; aus Wilhelmsstraße Nr. 8 6 Stück schwere glatte silberne Theelöffel und 7 Stück Fäden-Theelöffel mit dem Stempel R. B. Posen.

Bau-, Nutzholz- und Brennholz-Verkäufe.

Zum öffentlichen Verkaufe von Eichen-, Buchen-, Birken-, Erlen-, Espen- und Kiefern-Bauhölzern, Sägeblöcken, Schirrhölzern, Nutzklaftern für Böttcher und Stellmacher 2c., von Hopfenstangen und Bohnenstangen oder Dachstöcken und Brennhölzern aller Holzarten und Sortimente, also Kloben, Stubben und Reisig, stehen in der hiesigen Oberförsterei folgende Lizitationstermine an:

I. **Montag den 15. Februar c.** aus dem Reviere Maniewo, im Forsthause zu **Radzim**,
II. **Donnerstag den 18. Februar c.** in **Mur. Goslin** aus allen Reviertheilen,
III. **Dienstag den 23. Februar c.** zu **Rogasen** aus den nächsten Revieren, und Reiserholz aus dem Revier Olszyna,

und zwar überall von 10 Uhr ab. Die Bezahlung des erstandenen Holzes muß gleich baar bei der Lizitation erfolgen.

Eckstelle, den 9. Januar 1864.

Der königliche Oberförster **Stahr**.

Holzverkaufs-Termin.

Aus der **Neugedanker Forst** werden am **Freitag den 29. d. Mts.** von 9 Uhr Vormittags ab Eichen-Nutzenden, Kiefern-Bauholz, Eichen- und Kiefern-Nutzholz, Eichen- und Kiefern-Klobenholz, Eichen- und Kiefern-Astholz meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkauft. Der Termin wird im Forstetablissement **Neugedank** abgehalten.

Forstetablissement **Neugedank**, den 19. Januar 1864.

Die Forstverwaltung.

North British & Mercantile

Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft in London und Edinburg, gegründet 1809.

Durch Parlamentsakte inkorporirt und durch Ministerial-Reskript im Königreiche Preußen zum Geschäftsbetriebe konzessionirt.

Grundkapital . . .	**Pfd. St.** 2,000,000	**oder Thlr.**	13,333,000.
Reservefonds Ende 1862	= = 2,122,828	= =	14,152,000
Jährliche Einnahme	= = 422,401	= =	2,916,000.

In der General-Versammlung für 1862 wurden, nachdem von dem Netto-Ertrag Pfd. St. 39,863. 16. 7. zur Deckung der laufenden Feuerrisiken und Pfd. St. 192,803. 18. 8. zum Reservefonds abgesetzt waren, **10 Prozent Dividende** unter den Aktionairen vertheilt. Der augenblickliche Cours der Aktien ist **200 Prozent** über pari.

Die Gesellschaft schließt **Feuerversicherungen** jeder Art unter den loyalsten Bedingungen zu **billigen** und **festen Prämien**. — **Landwirthschaft** und **Fabriken** sind besonders berücksichtigt, gleichwie für Sicherstellung der **Hypotheken-Gläubiger** Sorge getragen ist. — Bei **mehrjähriger** Versicherung unter Vorausbezahlung **bedeutender Rabatt**. — Brandschäden werden gerecht und rasch regulirt.

Ferner übernimmt die Gesellschaft Versicherungen auf den **Lebens-** wie **Todesfall** mit und ohne Gewinnantheil. **Kinder-Versorgung** — **Leibrenten** zu festen Sätzen. — Die Regulirung des **Gewinnantheils** geschieht nach für den Versicherten vortheilhaftesten Grundsätzen, über welche der von jedem Agenten **gratis** verabreichte ausführliche Prospekt Näheres enthält.

Jede weitere Auskunft wird der Unterzeichnete bereitwilligst ertheilen und empfiehlt sich derselbe zur Annahme von Versicherungen aller Art.

Posen, im Januar 1864.

A. Kunkel jun.,
Haupt-Agent der North British & Mercantile.
Komptoir: Wasser- und Jesuitenstr.-Ecke.

Nachdem ich nach einem vieljährigen Leiden durch eine von Herrn Dr. **N. Lissner** von hier unter Assistenz des Herrn Dr. **Ludwig Sachs** aus Zduny glücklich ausgeführte Operation hergestellt und von meinen Leiden und Beschwerden gänzlich befreit bin, halte ich mich verpflichtet, den erwähnten Aerzten meinen tief gefühlten Dank öffentlich auszusprechen und sie der leidenden Menschheit auf's Wärmste zu empfehlen.

Pleschen, im Januar 1864.

S. D. Semmel.

Leipzig.
Produkten-Kommissions-Geschäft
von
F. W. Lustig
empfiehlt sich der resp. Geschäftswelt. Gewährt bei Konsignationen Vorschüsse.
Korrespondenz franko.

Das Dominium ***Reindörfel*** bei **Münsterberg in Schlesien** offerirt in vorzüglich schöner Qualität 1863er Ernte

Reindörfeler gelben Pohl'schen
Riesen-Runkel-Samen

à 20 Thlr. pro Ztr., 7 Sgr. pro Pfd. exklusive Emballage.

Bei Bestellungen unter ¼ Zentner tritt der Pfundpreis ein.

Durch konsequent fortgesetzte sorgfältigste Auswahl der vorzüglichsten Samenträger hervorgegangen, liefert diese Runkel Erträge bis 400 Zentner pro Morgen, kann daher als die lohnendste aller Futterrüben bestens empfohlen werden.

Ein schöner **Hofhund** ist billig zu kaufen Graben Nr. 2 in der Dampfmühle.

Das Dominium ***Kiączyn*** bei ***Tarnowo*** hat 200 Schock ausgewachsenes **Rohr** zum Verkauf.

Auf dem Dom. ***Jankowice*** bei **Tarnowo** stehen 200 Mutterschafe, die jeder Zeit besehen werden können, zum Verkauf. Nähere Auskunft ertheilt auf Anfragen das Dominium.

Bockverkauf.

Der Bockverkauf in meiner Negretti-Stammheerde beginnt mit dem 15. Februar.

Mrowino bei Bahnhof Rokitnica.

Klug.

Zu ***Orla*** bei **Kozmin** stehen **10 fette Ochsen** zum Verkauf.

Ausstattungen

übernimmt und besorgt bestens
die Wäsche-Fabrik,
Leinen- und Tischzeug-Handlung
von
Robert Schmidt
vorm. **Anton Schmidt,**
Markt Nr. 63.

Montag Abend

wird der Ausverkauf der
Berliner Krinolinen- u. Weißwaaren-Fabrik
alten Markt 55, 1. Etage,
geschlossen.

Der Rest des Lagers wird zu jedem nur annehmbaren Gebot verkauft, wovon die geehrten Damen gefälligst Notiz nehmen wollen.

Grauen großkörnigen **Astrach. Kaviar** empfing heute per Eilgut und empfiehlt
H. G. Wolff, Wilhelmsstr. 17.

Täglich frische Austern
bei **Carl Schipmann Nachf.**

30—40 Quart **Milch** sind täglich abzulassen. Wo sagt die Exped. d. Ztg.

Tafel-Butter,

aus süßer Sahne bereitet, kommt täglich aus meinen Schweizereien hier an. Gute **Koch-** und **Backbutter**, so wie **Schweizer Käse** en gros & en détail empfiehlt
S. Kistler, Büttelstraße 18.

Schönes **Landbrot** empfiehlt
H. Kirsten Wwe., Bergstr. 14

Billigste, reellste,
Lotterie-Loose versendet im Original
Sutor, Klosterstr. 37 in Berlin.
prompteste Bedienung.

Königl. Preuß. Lotterie-

Loos-Antheile zur 2. Kl. 129. Lotterie 1/120, 1/60, 1/30, 1/15, 1/10, 1/8, 1/5 u. s. w. versendet **am billigsten**
A. Cartellieri
in Stettin.

Ein möblirtes Zimmer ist Berlinerstraße 15c. Parterre sofort zu vermiethen.

Neustädtschen Markt 10, 1 Tr., mit Aussicht nach dem Markt, sind zwei nebeneinanderliegende Zimmer möblirt zu vermiethen.

Eine Wohnung von vier Stuben, Küche, Speisekammer, und eine Wohnung von zwei Stuben, Küche nebst Zubehör sind Sandstraße Nr. 8 zu vermiethen.

Als Kassirer und Buchhalter wird für ein grosses Handlungshaus ein tüchtiger Kaufmann dauernd zu engagiren gewünscht. Die Stellung ist eine meist unabhängige und mit einem Jahres-Einkommen von 1000 Thlr. und Tantième verbunden.

Ferner können Reisende, Buchhalter und Commis vortheilhafte Stellen in renommirten Häusern Berlins und anderer Geschäftsplätze erhalten durch das merkantilische Placirungsinstitut von
A. Goetsch & Co. in **Berlin,**
Neue Grünstrasse 43.

Mehrere gebildete Mädchen die französisch sprechen und womöglich etwas musikalisch sind, werden als Gesellschafterinen und für den Elementarunterricht kleiner Kinder zu engagiren gewünscht, durch Frau Dr. **Helmuth** in Berlin, Markgrafenstr. 105.

Ein Sohn rechtlicher Eltern, der die Bäckerei erlernen will, kann sofort eintreten bei
R. Wismach.

Einem Lehrlinge mit guter Schulbildung, der polnischen und deutschen Sprache mächtig, weist unter vortheilhaften Bedingungen eine Stelle nach in einem en gros Geschäft
Rudolph Rabsilber.

Gesuch einer Wirthschafterin.

Ein gebildetes Mädchen (oder Frau), welches auch polnisch versteht, wird zur Unterstützung der Hausfrau auf einem Gute baldigst gewünscht. Gehalt jährlich 60 Thlr. Das Nähere ist zu erfahren unter ***A. Z.*** poste rest. **Gnesen.**

Ein vortheilhaft empfohlener **Hauslehrer**, Theologe oder Philologe, der ein gutes Französisch spricht, auch in der Musik unterrichten kann, wird vom 1. April gesucht. Gehaltsbedingungen werden bei Anfragen sogleich erbeten. Die Gutsbesitzerin ***Grocke*** in **Sarbinowo bei Schwersenz.**

Eine Erzieherin, mit den besten Zeugnissen versehen, sucht zum 15. April d. J. eine Stelle. Adressen werden erbeten unter ***R. W. 100*** in der Expedition dieser Zeitung.

Ein gut empfohlener, verheiratheter
Ober-Inspektor,
in die Dreißiger alt, der mehrere Jahre größere Güter in Preußen selbstständig bewirthschaftet hat und zuletzt die in Polen im Kreise **Lipno** gelegenen gräflichen Güter **Kikol** acht Jahre hindurch ebenfalls selbstständig verwaltet, der Unruhen wegen seine Stellung aufgegeben hat, sucht gleich oder vom 1. April, oder auch von Johanni c. ab ein ähnliches Engagement. Nähere Auskunft ertheilt ***R. Segers,***
Thorn, Brückenstraße Nr. 16.

Sr. Excellenz der Herr Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten hat uns eine von den kaufmännischen Begleitern der ostasiatischen Expedition eingesandten Sammlung japanesischer Papier- und Pappwaaren zugehen lassen.

Wir setzen hiervon das an dieser Sendung Interesse nehmende Publikum in Kenntniß, daß die betreffenden Gegenstände während der nächsten vierzehn Tage Vormittags von 9 bis 11 Uhr im Handelssaale zur Ansicht ausliegen.

Posen, den 22. Januar 1864.

Die Handelskammer.

Spar- und Vorschuß-Verein.

General-Versammlung

nicht Donnerstag sondern
Freitag den 22. Januar
Abends 8 Uhr
im kleinen Saale des Odeums.

Tages-Ordnung. Bericht über die Verwaltung des abgelaufenen Vierteljahres ev. Aufnahme neuer Mitglieder. Mittheilungen.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Kreuzkirche. Sonntag, 24. Januar, Vorm. 10 Uhr: Hr. Oberprediger Klette. Nachm. 2 Uhr: Herr Pastor Schönborn.

Petrikirche. 1) Petrigemeinde. Sonntag, 24. Jan., **Vorm. 10½ Uhr:** Herr Konsistorialrath Dr. Goebel. Abends 6 Uhr: Derselbe.

Mittwoch, 27. Januar Abends 8 Uhr: Herr Konsistorialrath Dr. Goebel.

2) Neustädtische Gemeinde. Sonntag, 24. Januar, **Vorm. 8 Uhr:** Abendmahlsfeier: Herr Prediger Herwig. **Vorm. 9 Uhr:** Herr Konsistorial-Rath Carus.

Freitag, 29. Januar, Abends 6 Uhr: Herr Konsistorial-Rath Carus.

Garnisonkirche. Sonntag, 24. Jan., Vorm. 10 Uhr: Herr Militär-Oberprediger Bork.

Ev. lutherische Gemeinde. Sonntag, 24. Januar, Vorm. ½10 Uhr: Herr Prediger Kleinwächter.

In den Parochien der vorgenannten Kirchen sind in der Zeit vom 15. bis 22. Januar
getraut: 8 Paar;
getauft: 5 männliche, 1 weibliche;
gestorben: 9 männliche, 3 weibliche.

Im Tempel der isr. Brüdergemeinde Sonnabend den 23. Januar Vormittags 10 Uhr: Predigt des Herrn Rabbiners Dr. **Perles.**

Familien-Nachrichten.

Gestern Abend 10¾ Uhr wurde meine liebe Frau **Ludolphine** geb. **Nauck** von einem gesunden Töchterchen schwer aber glücklich entbunden. **Chludowo**, den 21. Januar 1864.

A. Frick.

Das heute früh erfolgte Ableben unseres geliebten Ehegatten und Vaters, des Justizraths und Rechts-Anwalts **Wilhelm Ulrich Bernhard** zeigen mit der Bitte um stille Theilnahme ergebenst an.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.
Gnesen, den 19. Januar 1864.

Gestern Abend 8 Uhr entschlief nach langem, schmerzlichen Leiden sanft in dem Herrn meine innigst geliebte Frau **Pauline**, geb. **Schroeck**, was ich hiermit Freunden und Bekannten tief gebeugt anzeige.

Wollstein, den 21. Januar 1864.

E. J. Scholz.

Stadttheater in Posen.

Freitag, zum 4. Male: **Moderne Vagabunden.** Große Posse mit Gesang, Tanz, Evolutionen und Schlußtableau, in 3 Akten von Jakobson. Die neuen Dekorationen sind von Herrn Dietrich, die neuen Kostüme von Hrn. Pillau angefertigt.

Sonnabend kein Theater.

Sonntag, auf vielseitiges Verlangen auswärtiger Herrschaften zum 5. Male: **Moderne Vagabunden.** Große Posse.

Morgen Sonnabend **frische Wurst mit Sauerkraut** bei
A. Kuttner,
kleine Gerberstraße Nr. 3.

Eisbeine
Sonnabend den 23. Januar bei
H. Schulze, Breslauerstr. 35.

Sonnabend den 23. Januar Abends 7 Uhr **frische Wurst mit Schmorkraut** und früh von 10 Uhr ab **Wellfleisch**, wozu ganz ergebenst einladet
L. Bratfisch.

Der Weg nach **Bartholdshof** wird sowohl direkt als auch über die Eisenbahnstraße stets schneefrei erhalten.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 22. Januar 1864. (Wolff's telegr. Büreau.)

		Not. v. 21.			Not. v. 21.
Roggen, niedriger.			Loko	$10\frac{7}{8}$	11
Loko	35	35	Januar	$10\frac{5}{6}$	$10\frac{11}{12}$
Januar	$33\frac{3}{4}$	34	Frühjahr	$10^{23}/_{24}$	11
Frühjahr	$33\frac{3}{4}$	34	Fondsbörse: behauptet.		
Spiritus, gedrückt.			Staatsschuldscheine	88	88
Loko	14	$14\frac{1}{6}$	Neue Posener 4%		
Januar	$14\frac{1}{12}$	$14\frac{1}{6}$	Pfandbriefe	$93\frac{5}{8}$	$93\frac{5}{8}$
Frühjahr	$14\frac{3}{8}$	$14^{11}/_{24}$	Polnische Banknoten	86	86
Rüböl, flau.					

Stettin, den 22. Januar 1864. (Marcuse & Maass.)

		Not. v. 21.			Not. v. 21.
Weizen, fester.			Mai-Juni	34	$33\frac{1}{2}$
Loko	53	53	**Rüböl**, unverändert.		
Januar	$53\frac{1}{2}$	53	Januar-Februar	$10\frac{5}{6}$	$10\frac{5}{6}$
Frühjahr	54	$53\frac{1}{4}$	April-Mai	$10\frac{5}{6}$	$11\frac{1}{8}$
Roggen, unverändert.			**Spiritus**, unverändert.		
Loko	33	$33\frac{1}{4}$	Januar	$13\frac{5}{6}$	$13\frac{5}{8}$
Januar	33	33	Frühjahr	$14\frac{1}{6}$	$14\frac{1}{6}$
Frühjahr	33	$32\frac{1}{2}$	Mai-Juni	$14\frac{3}{8}$	$14\frac{3}{8}$

Posener Marktbericht vom 22. Januar 1864.

	von Thl.	von Sgr	von Pf.	bis Thl.	bis Sgr	bis Pf.
Feiner Weizen, Scheffel zu 16 Metzen	1	25	—	1	27	6
Mittel-Weizen	1	21	3	1	22	6
Ordinärer Weizen	1	17	6	1	18	9
Roggen, schwere Sorte	1	5	—	1	6	6
Roggen, leichte Sorte	1	3	9	1	4	—
Große Gerste	1	2	6	1	3	9
Kleine Gerste	1	—	—	1	1	3
Hafer	—	23	—	—	24	—
Kocherbsen	1	7	6	1	8	9
Futtererbsen	1	5	—	1	6	—
Winterrübsen, Scheffel zu 16 Metzen	—	—	—	—	—	—
Winterraps	—	—	—	—	—	—
Sommerrübsen	—	—	—	—	—	—
Sommerraps	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln	—	11	—	—	13	—
Butter, 1 Faß (4 Berliner Quart)	2	15	—	2	20	—
Rother Klee, per Centner 100 Pfd. Z. G.	10	—	—	12	—	—
Weißer Klee dito	—	—	—	—	—	—
Heu, per 100 Pfund Zollgewicht	—	—	—	—	—	—
Stroh, per 100 Pfund Zollgewicht	—	—	—	—	—	—

Die Markt-Kommission.

Spiritus, pr. 100 Quart, à 80% Tralles
am 21. Januar 1864 . . . 12 Thl. $26\frac{3}{4}$ Sgr — 13 Thl. $1\frac{1}{4}$ Sgr
" 22. " . . . 12 " $26\frac{3}{4}$ " — 13 " — "

Die Markt-Kommission zur Feststellung der Spirituspreise

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäftsversammlung vom 22. Januar 1864.

Fonds. Posener 4% neue Pfandbriefe $93\frac{3}{4}$ Br., do. Rentenbriefe 94 Br., do. Provinzial-Bankaktien $90\frac{1}{2}$ Gd., polnische Banknoten $85\frac{7}{8}$ Gd.

Wetter: gelinde.

Roggen flau, p. Jan. 27 Br., $26\frac{3}{4}$ Gd., Jan.-Febr. 27 Br., $26\frac{3}{4}$ Gd., Febr.-März 27 bz. u. Gd., März-April $27\frac{2}{3}$ Br., $\frac{1}{2}$ Gd., Frühjahr 28 bz. u. Gd., April-Mai $28\frac{1}{4}$ Br., $\frac{1}{6}$ Gd.

Spiritus (mit Faß) flau, gekündigt 30,000 Quart, p. Jan. 13 Gd. u. Br., Febr. $13^{1}/_{24}$ Br., 13 Gd., März $13^{5}/_{24}$ Br., $\frac{1}{6}$ Gd., April $13\frac{5}{12}$ Br., $\frac{3}{8}$ Gd., Mai $13\frac{2}{3}$ Gd. u. Br., Juni $13\frac{11}{12}$ Gd. u. Br.

Produkten-Börse.

Berlin, 21. Januar. Nach amtlicher Feststellung durch die Aeltesten der Kaufmannschaft kostete Spiritus loko pr. 8000% nach Tralles frei ins Haus des Käufers geliefert am

15. Januar 1864 . . $14^{5}/_{24}$ Rt.
16. " " . . $14\frac{1}{4}$ Rt.
18. " " . . $14\frac{1}{4}$ Rt. ohne Faß.
19. " " . . $14\frac{1}{4}$ Rt.
20. " " . . $14\frac{1}{6}$ Rt.
21. " " . . $14\frac{1}{3}$—$14\frac{1}{12}$ Rt.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin.

Berlin, 21. Januar. Wind: S. Barometer: 28⁶. Thermometer: früh 3° +. Witterung: bedeckt, Thauwetter.

In der Stimmung für Roggen ist keine Besserung eingetreten, im Gegentheil ist durch die Fortdauer reichlicher Anerbietungen auf Termine der rückgängigen Preisbewegung neuerdings Vorschub geleistet worden. Es läßt sich leider auch jetzt noch nicht viel Günstiges von dem weiteren Verlauf des Geschäfts erwarten, denn es fehlt an jeder haltbaren Grundlage für Hoffnungen auf eine Besserung, es wäre schon bedeutsam genug, wenn die jetzigen sehr gedrückten Preise Widerstandskraft gegen weiteren Rückgang bethätigen möchten. Den heutigen Verkäufen liegen Realisationen und Waare zum größten Theil zu Grunde, man kann nicht sagen, daß dabei eine übermüthige Baisse ihr Spiel treibe. Waare ist heute etwas mehr begehrt worden, doch nur schlechtere Gebote wurden abgegeben, da Verkäufer denselben aber widerstrebten, kam es nur zu mäßigem Handel. Gekündigt 1000 Ctr.

Trotz der besseren Amsterdamer Kurse blieb Rüböl hier vernachlässigt und hat sich kaum behauptet. Gekündigt 300 Ctr.

Spiritus verharrt in langsam weichender Preisrichtung, das Geschäft ist schwerfällig, da Abgeber ihre Zurückhaltung nicht aufgeben. Gek. 20,000 Quart.

Weizen: ruhig.

Hafer: loko ohne Aenderung, Termine matter.

Weizen (p. 2100 Pfd.) loko 50 a 57 Rt. nach Qualität, weiß. poln. $54\frac{1}{2}$ Rt. ab Bahn bz., weiß. bunt. poln. 54 Rt. do., bunt. poln. 54 Rt. frei Mühle bz.

Roggen (p. 2000 Pfd.) loko exquisit $35\frac{3}{4}$ a 36 Rt. ab Bahn bz., 81/83pfd. 35 a $35\frac{1}{2}$ Rt. do., Kündigungswaare sofort abzunehmen $33\frac{1}{4}$ Rt. ab Boden bz., Jan. $34\frac{1}{4}$ a $33\frac{7}{8}$ Rt. bz., Jan.-Febr. 34 a $33\frac{3}{4}$ bz. u. Gd., $33\frac{7}{8}$ Br., Febr.-März do., Frühjahr 34 a $33\frac{3}{4}$ a 34 a $33\frac{7}{8}$ bz. u. Br., $33\frac{3}{4}$ Gd., Mai-Juni $34\frac{3}{4}$ a $34\frac{1}{2}$ a $34\frac{5}{8}$ bz., Juni-Juli $35\frac{7}{8}$ a $35\frac{1}{2}$ bz., Br. u. Gd., Juli-Aug. $36\frac{1}{4}$ a $36\frac{1}{2}$ a 36 bz. u. Gd., $36\frac{1}{8}$ Br.

Gerste (p. 1750 Pfd.) große 30 a 34 Rt., kleine do.

Hafer (p. 1200 Pfd.) loko 22 a $23\frac{1}{2}$ Rt. nach Qualität, uckermärk. $22\frac{3}{4}$ Rt. ab Bahn bz., Jan. $22\frac{3}{8}$ Rt. Br., Jan.-Febr. do., Frühjahr $22\frac{3}{4}$ a $22\frac{1}{2}$ bz., Mai-Juni 23 Br., Juni-Juli $23\frac{1}{8}$ Br., Juli-August $23\frac{1}{4}$ Br., Aug.-Septbr. 24 Br.

Erbsen (p. 2250 Pfd.) Kochwaare 37 a 48 Rt.

Winterraps 83 a 85 Rt., Winterrübsen 82 a 83 Rt.

Rüböl (p. 100 Pfd. ohne Faß) loko gefrorenes $10\frac{11}{12}$ Rt. Br., flüssiges 11 Rt. Br., Jan. $10\frac{11}{12}$ a $10\frac{7}{8}$ bz., Br. u. Gd., Jan.-Febr. $10\frac{11}{12}$ a $10\frac{7}{8}$ bz., Br. u. Gd., Febr.-März 11 Br., März-April 11 bz., April-Mai $11^{1}/_{24}$ a 11 bz., Br. u. Gd., Mai-Juni $11\frac{1}{8}$ bz. u. Br., $11\frac{1}{12}$ Gd., Septbr.-Oktbr. $11\frac{5}{12}$ Br.

Leinöl loko $13\frac{2}{3}$ Rt. Br.

Spiritus (p. 8000%) loko ohne Faß $14\frac{1}{3}$ a $14\frac{1}{12}$ Rt. bz., Januar $14^{5}/_{24}$ a $14\frac{1}{8}$ bz. u. Gd., $14\frac{1}{6}$ Br., Jan.-Febr. do., März-April $14\frac{1}{3}$ Br., $14\frac{1}{4}$ Gd., April-Mai $14^{13}/_{24}$ a $14\frac{5}{12}$ bz. u. Gd., $14\frac{1}{2}$ Br., Mai-Juni $14\frac{3}{4}$ a $14\frac{2}{3}$ a $14\frac{3}{4}$ bz. u. Br., Juni-Juli $15\frac{1}{12}$ a 15 bz. u. Gd., $15\frac{1}{12}$ Br., Juli-Aug. $15\frac{3}{8}$ a $15\frac{1}{3}$ bz. u. Br., Aug.-Septbr. $15\frac{7}{12}$ a $15\frac{2}{3}$ bz. (B. u. H. Z.)

Stettin, 21. Januar. Thauwetter, trübe, + 2° R. Wind: SW.

Weizen niedriger, loko p. 85pfd. gelber nach Qualität 48—53 Rt. bz., 83/85pfd. gelber Frühjahr $53\frac{1}{4}$, 53, $53\frac{3}{4}$, $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ bz., $\frac{1}{2}$ Gd. u. Br., Mai-Juni $54\frac{1}{4}$ bz. u. Gd., Juni-Juli $55\frac{1}{2}$ Gd.

Roggen nahe Lieferung behauptet, spätere Termine niedriger, p. 2000pfd. loko 33, $33\frac{1}{4}$ Rt. bz., Jan. $33\frac{1}{8}$, 33 bz., Frühjahr 33, $32\frac{3}{4}$, $\frac{1}{2}$ bz., Mai-Juni $33\frac{3}{4}$ bz., $\frac{1}{2}$ Gd.

Hafer loko p. 50pfd. 22—$22\frac{1}{4}$ Rt. bz.

Gerste, Posener loko p. 70pfd. $28\frac{1}{2}$, 29 Rt. bz., 69/70pfd. p. Frühjahr pomm. $28\frac{1}{2}$ Br.

Rüböl wenig verändert, loko $10\frac{7}{8}$ Rt. bz., April-Mai 11 Br., Septbr.-Oktbr. 11 bz., $\frac{11}{12}$ Gd.

Spiritus matt, loko ohne Faß $13\frac{3}{4}$ Rt. bz., Jan. u. Jan.-Febr. $13\frac{5}{6}$ bz., Febr.-März $13\frac{11}{12}$ Br. u. Gd., $13\frac{11}{12}$, $\frac{7}{8}$ bz., Frühjahr $14^{5}/_{24}$, $\frac{1}{8}$ bz. (in einem Falle $14\frac{1}{8}$ bz.), $\frac{1}{6}$ Gd., Mai-Juni $14\frac{5}{12}$ bz., Juni-Juli $14\frac{2}{3}$ bz.

Leinöl loko inkl. Faß $13\frac{1}{2}$ Rt. bz., p. April-Mai $12\frac{1}{2}$ Rt. bz.

Leinsamen, Pernauer $12\frac{3}{4}$ Rt. bz.

Kaffee, ord. Rio 6 Sgr. $5\frac{1}{2}$ Pf. tr. bz.

Pfeffer, Singapore $12\frac{1}{3}$ Rt. trans. bz. (Ostſ.-Ztg.)

Breslau, 21. Januar. [Produktenmarkt.] Wetter: angenehm, früh 2° Kälte. Barometer: 28″ $1\frac{1}{2}$‴. Bei vorherrschend matter Stimmung waren Preise am heutigen Markte kaum behauptet, der Geschäftsverkehr blieb beschränkt.

Weizen matter, wir notiren: p. 84pfd. weiß. schles. 52—66 Sgr., gelb. 50—58 Sgr., feinste Sorten über Notiz bz.

Roggen flau, p. 84pfd. 38—41 Sgr.

Gerste ruhig, p. 70pfd. 30—34 Sgr., feinste bis 38 Sgr.

Hafer stilles Geschäft, p. 50pfd. 26—28 Sgr.

Kocherbsen stark offerirt, 48—50 Sgr., Futter- 44—46 Sgr. p. 90pfd.

Bohnen, galiz. 56—60 Sgr., schles. 63—68 Sgr. p. 90pfd.

Oelsaaten matter, Winterraps 174—184—194 Sgr., Winterrübsen 164—174—184 Sgr., Sommerrübsen 138—148—158 Sgr. p. 150 Pfd. Brutto bz.

Rapskuchen 47—50 Sgr. p. Ctr.

Schlaglein nur in feinster Waare beachtet, wir notiren: 5—$5\frac{1}{3}$ Rt., für feinste Sorten 6 und darüber zu bedingen, p. 150 Pfd. Brutto.

Kleesaat bei ruhigem Geschäft Preise fest, roth, ordin. 10—$10\frac{1}{2}$, mittel 11—12, fein $12\frac{2}{3}$—$13\frac{1}{3}$, hochfein bis $13\frac{2}{3}$ Rt.; weiß ord. $10\frac{1}{2}$—$13\frac{1}{2}$, mittel $15\frac{1}{4}$—$16\frac{1}{4}$, fein $17\frac{1}{4}$—18, hochfein 19 Rt.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80% Tralles) $13\frac{5}{8}$ Rt. Gd.

Breslau, 21. Januar. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat roth fest, ord. $10\frac{1}{4}$—$10\frac{2}{3}$, mittel $11\frac{1}{4}$—$12\frac{1}{4}$, fein $12\frac{2}{3}$—$13\frac{1}{6}$, hochfein $13\frac{1}{3}$—$13\frac{2}{3}$ Rt. Kleesaat weiß behauptet, ord. $10\frac{1}{2}$—13, mittel $13\frac{3}{4}$—16, fein 17—18, hochfein $18\frac{1}{4}$—19 Rt.

Roggen (p. 2000pfd.) niedriger, gek. 3000 Ctr., p. Jan. u. Jan.-Febr. $30\frac{1}{2}$ bz., Febr.-März $31\frac{1}{4}$ Br., April-Mai $31\frac{1}{2}$—$\frac{1}{4}$ bz.

Weizen p. Januar 47 Br.

Gerste p. Januar $32\frac{1}{2}$ Br.

Hafer p. Januar $35\frac{1}{4}$ Rt. Br., April-Mai $36\frac{5}{12}$ Br.

Raps p. Januar 90 Br.

Rüböl matt, gek. 100 Ctr., loko $10\frac{7}{12}$ Br., $10\frac{1}{2}$ Gd., p. Jan. $10\frac{1}{2}$ bz., Jan.-Febr., Febr.-März, März-April u. April-Mai $10\frac{1}{2}$ Br., Juni-Juli $10\frac{2}{3}$—$\frac{3}{4}$ bz., Septbr.-Oktbr. 11 Br.

Spiritus matt, gek. 12,000 Qrt., loko $13\frac{3}{4}$ Br., $13\frac{2}{3}$ Gd., p. Jan. u. Jan.-Febr. $13\frac{3}{4}$ Br., $13\frac{2}{3}$ Gd., Febr.-März $13\frac{5}{6}$ Br., März-April $13\frac{5}{6}$ Gd., April-Mai 14 bz. u. Gd. (Bresl. Hdls.-Bl.)

Magdeburg, 21. Januar. Weizen 49—50 Thlr., Roggen 38—$40\frac{1}{2}$ Thlr., Gerste 32—36 Thlr., Hafer $23\frac{1}{2}$—25 Thlr.

Kartoffelspiritus. (Herm. Gerson.) Lokowaare unbeachtet, Termine ohne Kauflust. Loko $14\frac{1}{6}$, per Jan. $14\frac{1}{3}$, Febr. und März $14\frac{5}{12}$ ohne Faß, Jan., Jan.—Febr., Febr.—März $14\frac{1}{6}$, März—April $14\frac{1}{3}$, April—Mai $14\frac{2}{3}$, Mai—Juni 15 Thlr. pr. 8000 pCt. mit Uebernahme der Gebinde à $1\frac{1}{3}$ Thlr. pr. 100 Qrt. Rübenspiritus flau, loko $13\frac{1}{3}$, Febr.—März $13\frac{7}{12}$, $\frac{2}{3}$. (Magdeb. Ztg.)

Telegraphische Börsenberichte.

Hamburg, 21. Januar. Getreidemarkt. Weizen loko einzeln niedriger, ab Dänemark sehr gedrückte Stimmung. Roggen loko still, Auswärts zu letzten Notirungen dringend offerirt. Oel loko $24\frac{1}{2}$ Br., Mai $24\frac{1}{4}$, Oktober $24\frac{5}{8}$. Kaffee ohne größere Umsätze. Zink ruhig.

Liverpool, 21. Jan. Baumwolle: 4000 Ballen Umsatz. Preise fester.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 21. Januar 1864 Vormittags 8 Uhr 1 Fuß 11 Zoll.
" " 22. " " " " 1 " 9 "

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 21. Januar 1864.

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	$4\frac{1}{2}$	$99\frac{3}{4}$ bz
Staats-Anl. 1859	5	104 bz
do. 50, 52 konv.	4	$94\frac{1}{2}$ bz
do. 54, 55, 57, 59	$4\frac{1}{2}$	$99\frac{3}{4}$ bz
do. 1856	$4\frac{1}{2}$	$99\frac{3}{4}$ bz
do. 1853	4	$95\frac{3}{4}$ B [1862]
Präm.St.Anl. 1855	$3\frac{1}{2}$	119 bz [$94\frac{1}{2}$ bz]
Staats-Schuldsch.	$3\frac{1}{2}$	$88\frac{1}{8}$ bz
Kur- u Neum. Schldv	$3\frac{1}{2}$	— —
Oder-Deichb.-Obl.	$4\frac{1}{2}$	99 bz
Berl. Stadt-Obl.	$4\frac{1}{2}$	101 bz
do. do	$3\frac{1}{2}$	— —
Berl. Börsenh. Obl.	5	— —
Pfandbriefe: Kur- u. Neu-Märkische	$3\frac{1}{2}$	$88\frac{1}{4}$ bz
do.	4	$98\frac{3}{4}$ bz
Ostpreußische	$3\frac{1}{2}$	$83\frac{3}{4}$ B
do.	4	$92\frac{3}{4}$ bz
Pommersche	$3\frac{1}{2}$	$87\frac{3}{4}$ bz
do. neue	4	98 bz
Posensche	4	— —
do.	$3\frac{1}{2}$	— —
do. neue	4	$93\frac{5}{8}$ B
Schlesische	$3\frac{1}{2}$	— —
do. B. garant.	$3\frac{1}{2}$	— —
Westpreußische	$3\frac{1}{2}$	$83\frac{1}{4}$ bz
do.	4	$93\frac{1}{2}$ G
do. neue	4	92 bz
Rentenbriefe: Kur- u Neumärk.	4	$96\frac{1}{2}$ bz
Pommersche	4	$96\frac{1}{2}$ bz
Posensche	4	$93\frac{1}{2}$ G
Preußische	4	$96\frac{1}{4}$ bz
Rhein.-Westf.	4	$96\frac{1}{4}$ bz
Sächsische	4	$97\frac{1}{2}$ G
Schlesische	4	$97\frac{1}{4}$ G

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	59 G
do. National-Anl.	5	$65\frac{1}{4}$-66 bz
do. 250fl. Präm. Ob.	4	$74\frac{1}{2}$ B
do. 100fl. Kred. Loose	—	72 bz
do. 5prz. Loose (1860)	5	75-$76\frac{1}{4}$-76 bz
Italienische Anleihe	5	$67\frac{5}{8}$ bz
Russische: 5. Stieglitz Anl.	5	$79\frac{3}{4}$ bz
6. do.	5	$91\frac{1}{2}$ G
Englische Anl.	5	$87\frac{3}{4}$ etw bz
N. Russ. Egl. Anl	3	$54\frac{3}{4}$ G
do.	$4\frac{1}{2}$	— —
do. v. J. 1862	5	$86\frac{1}{2}$ bz
Poln. Schatz-O.	4	72 bz
Polnische: Cert. A. 300 Fl.	5	90 bz u G
do. B. 200 Fl.	—	— —
Pfdbr. n. i. SR.	4	80 bz
Part. O. 500 Fl.	4	$86\frac{1}{2}$ B
Hamb. Pr. 100 BM.	—	— —
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	$52\frac{3}{4}$ G
Neue Bad. 35fl. Loos.	—	$29\frac{3}{4}$ etw bz
Dessauer Präm. Anl.	$3\frac{1}{2}$	101 etw bz u G (St.
Lübecker Präm. Anl.	$3\frac{1}{2}$	$49\frac{1}{2}$ Rt. bz (p.

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	113 G
Berl. Handels-Ges.	4	$102\frac{3}{8}$ Kl bz
Braunschwg. Bank-	4	64 G
Bremer do.	4	$108\frac{1}{4}$ G
Coburger Kredit-do.	4	$89\frac{1}{4}$ etw bz
Danzig. Priv. Bk.	4	98 G
Darmstädter Kred.	4	$82\frac{1}{4}$ M bz
do. Zettel-Bank	4	$100\frac{3}{4}$ Kl bz u B
Dessauer Kredit-B.	4	7 bz u B
Dessauer Landesbk.	4	30 bz u G
Disk. Komm. Anth.	4	$92\frac{3}{4}$ bz u G
Genfer Kreditbank	4	$45\frac{1}{2}$-$46\frac{1}{2}$-46 bz
Geraer Bank	4	$91\frac{1}{2}$ B
Gothaer Privat do.	4	$88\frac{1}{2}$ B
Hannoversche do.	4	$96\frac{1}{4}$ B
Königsb. Privatbk.	4	$99\frac{1}{2}$ B
Leipziger Kreditbk.	4	69 bz
Luxemburger Bank	4	$99\frac{1}{2}$ B
Magdeb. Privatbk.	4	91 B
Meininger Kreditbk.	4	89 bz
Moldau. Land. Bk.	4	31 bz u G
Norddeutsche do.	4	$100\frac{1}{2}$ G
Oestr. Kredit- do.	5	73-$\frac{3}{4}$-$\frac{1}{2}$-$\frac{3}{4}$ bz
Pomm. Ritter- do.	4	89 G
Posener Prov. Bank	4	91 B
Preuß. Bank-Anth.	$4\frac{1}{2}$	$122\frac{1}{2}$ bz u G
do. Hypoth.-Vers.	4	105 bz
do. do. Certific.	$4\frac{1}{2}$	101 B
do. do. (Henkel)	4	105 G
Schles. Bankverein	4	$97\frac{1}{2}$ G
Thüring. Bank	4	$68\frac{3}{8}$ G
Vereinsbnk. Hamb.	4	$102\frac{1}{2}$ G
Weimar. Bank	4	85 etw bz

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	90 B
do. II. Em.	4	— —
do. III. Em.	$4\frac{1}{2}$	— —
Aachen-Mastricht	$4\frac{1}{2}$	— —
do. II. Em.	5	62 G
Bergisch-Märkische	$4\frac{1}{2}$	100 B
do. II. Ser. (conv.)	$4\frac{1}{2}$	$98\frac{1}{4}$ B
do. III. S. $3\frac{1}{2}$ (R.S.)	$3\frac{1}{2}$	$79\frac{3}{4}$ bz
do. Lit. B.	$3\frac{1}{2}$	$79\frac{3}{4}$ bz
do. IV. Ser.	$4\frac{1}{2}$	$96\frac{3}{4}$ G V. $95\frac{1}{2}$ B
do. Düsseld. Elberf.	4	— —
do. II. Em.	$4\frac{1}{2}$	— —
III. S. (Dm.-Soest	4	90 B
do. II. Ser.	$4\frac{1}{2}$	— —
Berlin-Anhalt	4	96 G
do.	$4\frac{1}{2}$	$99\frac{3}{4}$ G
Berlin-Hamburg	4	99 G
do. II. Em.	4	— —
Berl. Potsd. Mg. A.	4	— —
do. Litt. B.	4	96 G
do. Litt. C.	4	94 G
Berlin-Stettin	$4\frac{1}{2}$	— —
do. II. Em.	4	92 G
Berl.-Stet. III. Em.	4	92 G
do. IV. S. v. St. gar.	$4\frac{1}{2}$	99 B
Bresl.-Schw.-Fr.	$4\frac{1}{2}$	— —
Cöln-Crefeld	$4\frac{1}{2}$	— —
Cöln-Minden	$4\frac{1}{2}$	$101\frac{1}{4}$ G
do. II. Em.	5	103 B
do.	4	— —
do. III. Em.	4	$89\frac{1}{2}$ G
do.	$4\frac{1}{2}$	$97\frac{1}{2}$ G
do. IV. Em.	4	89 B
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	$87\frac{1}{2}$ bz
do. III. Em.	$4\frac{1}{2}$	97 B
Magdeb. Halberst.	$4\frac{1}{2}$	$100\frac{1}{4}$ G
Magdeb. Wittenb.	$4\frac{1}{2}$	$100\frac{1}{4}$ G
Mosco-Rjäsan S.g.	5	84 bz
Niederschles. Märk.	4	— —
do. conv.	4	$94\frac{1}{2}$ B
do. conv. III. Ser.	4	$93\frac{1}{4}$ B
do. IV. Ser.	$4\frac{1}{2}$	— —
Niederschl. Zweigb.	5	$100\frac{3}{4}$ G
Nordb., Fried. Wilh.	$4\frac{1}{2}$	— —
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	$3\frac{1}{2}$	$84\frac{3}{4}$ B
do. Litt. C.	4	94 G
do. Litt. D.	4	$92\frac{3}{4}$ bz
do. Litt. E.	$3\frac{1}{2}$	$80\frac{1}{2}$ G
do. Litt. F.	$4\frac{1}{2}$	$99\frac{1}{4}$ bz
Oestr. Französ. St.	3	247 bz
Oestr. südl. Staatsb.	3	$250\frac{1}{2}$ G
Pr. Wilh. I. Ser.	5	— —
do. II. Ser.	5	— —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	— —
do. v. Staat garant.	$3\frac{1}{2}$	85 B
do. Prior. Obl.	$4\frac{1}{2}$	96 B
do. 1862	$4\frac{1}{2}$	96 B
do. v. Staat garant.	$4\frac{1}{2}$	— —
Rhein-Nahe v. St. g.	$4\frac{1}{2}$	98 B
do. II. Em.	$4\frac{1}{2}$	98 B
Ruhrort-Crefeld	$4\frac{1}{2}$	— —
do. II. Ser.	4	— —
do. III. Ser.	$4\frac{1}{2}$	— —
Stargard-Posen	4	— —
Starg.-Posen II Em	$4\frac{1}{2}$	$96\frac{3}{4}$ bz
do. III. Em.	$4\frac{1}{2}$	— —
Thüringer	4	97 B
do II. Ser.	$4\frac{1}{2}$	100 bz
do. III. Ser.	4	97 B
do. IV. Ser.	$4\frac{1}{2}$	100 G

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	$3\frac{1}{2}$	92 G
Aachen-Mastricht	4	23 bz
Amsterd. Rotterd.	4	$101\frac{1}{4}$ bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	$103\frac{1}{2}$ G
Berlin-Anhalt	4	147 G
Berlin-Hamburg	4	$119\frac{3}{4}$ B
Berl. Potsd. Magd.	4	$177\frac{1}{2}$ G
Berlin-Stettin	4	$127\frac{1}{2}$ G
Böhm. Westbahn	5	63 bz
Bresl. Schw. Freib.	4	$123\frac{1}{2}$ G
Brieg-Neiße	4	79 G
Cöln-Minden	$3\frac{1}{2}$	166 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	49 bz
do. Stamm-Pr.	$4\frac{1}{2}$	— —
do. do.	5	— —
Ludwigshaf. Bexb.	4	136 B
Magdeb. Halberst.	4	276 G
Magdeb. Leipzig	4	— —
Magdeb. Wittenb.	4	67 bz
Mainz-Ludwigsh.	4	$117\frac{1}{4}$ G
Mecklenburger	4	$60\frac{1}{4}$-$\frac{3}{4}$-$\frac{1}{2}$ bz
Münster-Hammer	4	$95\frac{3}{4}$ G
Niederschles. Märk.	4	$94\frac{1}{8}$ bz
Niederschl. Zweigb.	4	58 bz
Nordb., Frd. Wilh.	4	55-$\frac{1}{4}$ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	$3\frac{1}{2}$	$143\frac{1}{2}$-$44\frac{1}{2}$ bz
Oest. Franz. Staat.	5	103 G
Oest. sdl. St B (Lom)	5	$135\frac{1}{2}$ G
Oppeln-Tarnowitz	4	$53\frac{3}{4}$ G
Pr. Wilh. (Steel-V)	4	— —
Rheinische	4	$92\frac{1}{2}$ bz
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	$24\frac{1}{2}$ G
Ruhrort-Crefeld	$3\frac{1}{2}$	95 B
Ruff. Eisenbahnen	5	$105\frac{1}{2}$ B
Stargard-Posen	$3\frac{1}{2}$	99 G
Thüringer	4	$119\frac{5}{8}$ B

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	$113\frac{1}{2}$ B
Gold-Kronen	—	9. $6\frac{3}{8}$ G
Louisd'or	—	110 bz
Sovereigns	—	6. $20\frac{1}{2}$ G
Napoleonsd'or	—	5. $9\frac{1}{2}$ bz
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	Imp. $458\frac{1}{2}$ G
Dollars	—	1. $11\frac{1}{2}$ G
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 25 G
K. Sächs. Kass. A.	—	$99\frac{7}{8}$ G
Fremde Noten	—	$99\frac{7}{12}$ bz
do. (einl. in Leipz.)	—	$99\frac{7}{8}$ G
Oestr. Banknoten	—	$82\frac{1}{4}$ bz
Poln. Bankbillets	—	$85\frac{7}{8}$ G
Russische do.	—	$86\frac{1}{8}$ bz u G

Industrie-Aktien.

Dess. Kont. Gas-A.	5	132 B
Berl. Eisenb. Fab.	5	$94\frac{3}{4}$ B
Hörder Hüttenv. A.	5	95 G
Minerva, Brgw. A.	5	$23\frac{1}{2}$ bz u G
Neustädt. Hüttenv.	4	$2\frac{7}{8}$ Rt. G [fr. Zins.
Concordia	4	340 B p. Stck.

Wechsel-Kurse vom 21. Januar.

Amstrd. 250 fl. 10 T.	3	142 bz
do. 2 M.	3	141 bz
Hamb. 300 Mk. 8 T.	3	$151\frac{5}{8}$ bz
do. do. 2 M.	3	$150\frac{5}{8}$ bz
London 1 Lstr. 3 M.	4	6. $18\frac{1}{8}$ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	4	$78\frac{11}{12}$ bz
Wien 150 fl. 8 T.	—	$82\frac{1}{3}$ bz
do. do. 2 M.	5	$81\frac{1}{4}$ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	$2\frac{1}{2}$	56. 20 bz
Frankf. 100 fl. 2 M.	$2\frac{3}{4}$	56. 20 bz
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	$4\frac{1}{2}$	$99\frac{3}{4}$ G
do. do. 2 M.	$4\frac{1}{2}$	$99\frac{1}{8}$ G
Petersb. 100 R. 3 W	4	95 bz
do. do. 3 M.	6	$93\frac{1}{2}$ bz
Brem. 100 Tlr. 8 T.	$4\frac{1}{2}$	$109\frac{3}{4}$ bz
Warschau 90 R. 8 T.	5	$85\frac{7}{8}$ bz

Günstige Stimmung in Folge einer Londoner Depesche in der „Times". Neben fester Haltung und ziemlich regem Verkehr steigende Richtung.

Breslau, 21. Januar. Sehr feste Stimmung bei mäßigem Geschäft und wenig veränderten Kursen.

Schlußkurse. Disk.-Komm.-Anth. —. Oestr. Kredit-Bankakt. $72\frac{2}{3}$-$\frac{3}{4}$ bz. Oestr. Loose 1860 $74\frac{1}{2}$ bz. Schles. Bankverein $97\frac{1}{2}$ G. Breslau-Schweidnitz-Freiburg. Aktien $122\frac{1}{4}$ G. dito Prior. Oblig. $94\frac{1}{4}$ B. dito Prior.-Oblig. Lit. D. — —. dito Prior. Oblig. Lit. E. — —. Köln-Mindener Prior. $89\frac{1}{4}$ Br. Neiße-Brieger —. Oberschles. Lit. A. u. C. $142\frac{1}{2}$ B, 142 G. dito Lit. B. $130\frac{1}{4}$ G. dito Prior. Oblig. $94\frac{1}{4}$ B. dito Prior. Obligationen $99\frac{1}{2}$ B. dito Prior. Oblig. Lit. E. $80\frac{1}{4}$ G. Rheinische —. Oppeln-Tarnowitzer $52\frac{3}{4}$ G. Kosel-Oderberger $49\frac{1}{4}$ B. do. Prior. Oblig. —. do. Prior. Oblig. —. do. Stamm-Prior. Oblig. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Wien, Donnerstag 21. Januar. (Schluß-Kurse der officiellen Börse) Beliebt und fest.

5% Metalliques 72, 40. $4\frac{1}{2}$% Metalliques 63, 50. 1854er Loose 90, 00. Bankaktien 779, 00. Nordbahn 169, 90. National-Anlehen 80, 10. Kredit-Aktien —, —. St. Eisenb. Aktien-Cert. 189, 50. London 120, 80. Hamburg 91, 50. Paris 47, 75. Böhmische Westbahn 153, 50. Kreditloose 131, 25. 1860r Loose 92, 95. Lombard. Eisenbahn 247, 00.

Frankfurt a. M., Donnerstag 21. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Höhere Notirungen auswärtiger Börsen und günstigere politische Nachrichten influirten auf östr. Effekten. Finnländ. Anleihe $84\frac{7}{8}$.

Schlußkurse. Staats-Prämien-Anleihe —. Preußische Kassenscheine $104\frac{3}{8}$. Ludwigshafen-Bexbach $137\frac{1}{4}$. Berliner Wechsel $105\frac{1}{8}$. Hamburger Wechsel $88\frac{1}{4}$. Londoner Wechsel $117\frac{3}{8}$. Pariser Wechsel $92\frac{7}{8}$. Wiener Wechsel $95\frac{1}{4}$. Darmstädter Bankakt. 210. Darmstädter Zettelbank $250\frac{1}{2}$. Meininger Kreditaktien $90\frac{1}{2}$. Luxemburger Kreditbank 107. 3% Spanier $50\frac{3}{8}$. 1% Spanier 46. Span. Kreditb. Pereira —. Span. Kreditb. v. Rothschild —. Kurhessische Loose $53\frac{1}{8}$. Badische Loose $52\frac{1}{2}$. 5% Metalliques 56. $4\frac{1}{2}$% Metalliques $49\frac{3}{4}$. 1854r Loose $72\frac{1}{4}$. Oestr. National-Anlehen $63\frac{3}{8}$. Oestr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 184. Oestr. Bankantheile 748. Oestr. Kreditaktien $170\frac{1}{2}$. Oestr. Elisabethbahn —. Rhein-Nahebahn 25. Hess. Ludwigsb. $120\frac{3}{8}$. Neueste östr. Anl. $75\frac{3}{8}$.

Hamburg, Donnerstag 21. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nur in östr. Effekten Geschäft und auch dieses beschränkt. Die Norddeutsche Bank giebt für das letzte Jahr $6\frac{3}{8}$ Proz. Dividende. Die Börse war in Folge des heutigen Timesartikels in fester Haltung.

Schlußkurse. National-Anleihe —. Oestr. Kreditaktien $72\frac{1}{4}$. Oestr. 1860er Loose $74\frac{3}{4}$. 3% Spanier —. $2\frac{1}{2}$% Spanier —. Mexikaner $32\frac{1}{2}$ B. Vereinsbank $103\frac{3}{4}$. Norddeutsche Bank $101\frac{3}{4}$. Rheinische —. Nordbahn —. Finnländ. Anleihe $84\frac{1}{4}$ B. Diskonto 4.

London, Donnerstag 21. Januar, Nachmittags 3 Uhr. Türkische Konsols $46\frac{1}{4}$. — Wetter schön.

Konsols $90\frac{3}{4}$. 1% Spanier $45\frac{3}{4}$. Mexikaner $34\frac{7}{8}$. 5% Russen 91. Neue Russen $87\frac{1}{2}$. Sardinier 84.

Die Dampfer „City of Manchester" und „Hammonia" sind aus Newyork, ersterer mit 729,000 Dollars in Cork, letzterer mit 427,975 Dollars in Cowes eingetroffen.

Paris, Donnerstag 21. Januar, Nachm. 3 Uhr. Die 3prozentige begann zu 66, 35, stieg auf höhere Konsols von Mittags 12 Uhr ($90\frac{7}{8}$) bis 66, 45 und schloß in fester Haltung zur Notiz. Italienische Rente war gefragt; in Credit mobilier lebhaftes Geschäft.

Schlußkurse. 3% Rente 66, 40. $4\frac{1}{2}$% Rente —. Italienische 5% Rente 68, 45. Italienische neueste Anl. —, —. 3% Spanier —. 1% Spanier $45\frac{3}{4}$. Oestr. Staats-Eisenbahnaktien 391, 25. Credit mobilier-Aktien 1020, 00. Lombard. Eisenbahnaktien 515, 00.

Amsterdam, Donnerstag 21. Januar, Nachm. 4 Uhr.

5% Metalliques Lit. B. $81\frac{3}{8}$. 5% Metalliques $55\frac{3}{8}$. $2\frac{1}{2}$% Metalliques $28\frac{3}{8}$. 5% Oestr. Nat. Anl. $61\frac{3}{8}$. 1% Spanier $45\frac{3}{8}$. 3% Spanier $49\frac{15}{16}$. Holländische Integrale $63\frac{15}{16}$. Mexikaner $34\frac{3}{8}$. 5% Stieglitz de 1855 $86\frac{3}{4}$. 5% Russen $75\frac{1}{2}$. Petersburger Wechsel 1, 62. Wiener Wechsel $93\frac{1}{2}$.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. M. M. Jochmus in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.